

**Leistungen
nach dem
Fremdrenten-
gesetz**



Das finden Sie in dieser BfA-Information

1	Allgemeines	Seite	3
2	Für wen gilt das Fremdrentengesetz?	Seite	4
2.1	Vertriebene	Seite	4
2.2	Spätaussiedler	Seite	5
2.3	Hinterbliebene	Seite	5
3	Welche Zeiten können angerechnet werden?	Seite	5
3.1	Beitragszeiten	Seite	6
3.2	Beschäftigungszeiten	Seite	8
3.3	Kindererziehungszeiten / Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung	Seite	10
3.4	Anrechnungszeiten	Seite	10
3.5	Ersatzzeiten, Zurechnungszeit	Seite	11
3.6	Rentenbezugszeiten	Seite	12
4	Wie werden diese Zeiten berücksichtigt?	Seite	12
4.1	Zuordnung zu einem Versicherungsweig	Seite	12
4.2	Bewertung der Zeiten	Seite	15
4.3	Rentenniveau	Seite	26
5	Welche Sonderregelungen gibt es noch?	Seite	27
5.1	Rentenbeginn	Seite	27
5.2	Anrechnung fremder Renten	Seite	28
5.3	Erklärungsfristen für Zeiten der Kindererziehung	Seite	29
6	Welche zwischenstaatlichen Regelungen müssen beachtet werden?	Seite	29
6.1	Abkommen mit Polen	Seite	29
6.2	Abkommen mit Bulgarien	Seite	30
6.3	Abkommen mit Ungarn	Seite	30
7	Wie werden die Ansprüche verwirklicht?	Seite	31
7.1	Antragstellung	Seite	31
7.2	Beweismittel	Seite	31
7.3	Änderung früherer Anerkennungen	Seite	34
8	Anhang	Seite	35
8.1	Leistungsgruppen (für Zeiten bis 1949)	Seite	35
8.2	Tabellen (für Zeiten bis 1949)	Seite	37
8.3	Qualifikationsgruppen (für Zeiten ab 1950)	Seite	39
8.4	Tabellen (für Zeiten ab 1950)	Seite	41

1 Allgemeines

Die vorliegende BfA-Information erläutert die Regelungen des Fremdrentengesetzes (FRG). Von Bedeutung ist dieses Gesetz insbesondere für Vertriebene einschließlich der Aussiedler sowie für Spätaussiedler. Näheres zu dem betroffenen Personenkreis ist im Kapitel 2 erläutert.

Das FRG regelt allerdings nicht direkt Rentenansprüche und sonstige Leistungen; für die genannten Personen gelten ebenso wie für alle anderen die allgemeinen Bestimmungen des Sozialgesetzbuches (SGB). Welche Voraussetzungen für einen Rentenanspruch erfüllt sein müssen, ist in den BfA-Informationen 5, 6 und 7 erläutert. Das SGB ist naturgemäß auf einheimische Versicherte und inländische Versicherungszeiten ausgerichtet. Um die von den Vertriebenen in ihren Herkunftsländern zurückgelegten Zeiten und Tatbestände in angemessener Weise in der Rentenversicherung berücksichtigen zu können, wurde das FRG geschaffen. Es ergänzt also die allgemeinen Bestimmungen.

Das FRG wird vom Gedanken der Eingliederung geprägt, d.h. die Berechtigten sollen so gestellt werden, als hätten sie ihr Versicherungsleben nicht im Herkunftsland, sondern in Deutschland verbracht. Ausgehend von diesem Grundsatz regelt das FRG in erster Linie, ob und ggf. wie die fremden Versicherungszeiten zu berücksichtigen sind. Näheres hierzu ist den Kapiteln 3 und 4 zu entnehmen. Daneben enthält das FRG noch weitere Bestimmungen, die zur Eingliederung der betroffenen Personen notwendig sind. Näheres hierzu ist dem Kapitel 5 zu entnehmen. Das FRG wird von verschiedenen zwischenstaatlichen Regelungen überlagert. Dies ist im Kapitel 6 beschrieben. Im Kapitel 7 werden schließlich Hinweise gegeben, was bei der Verwirklichung der bestehenden Ansprüche zu beachten ist.

Das FRG besteht bereits seit über 40 Jahren und hat sich mit seinen Regelungen bewährt. Durch die geänderten Verhältnisse in den Herkunftsländern und in Deutschland hat sich im Laufe der Zeit allerdings ein gewisser Reformbedarf ergeben. Der Gesetzgeber hat das FRG daher in den letzten Jahren mehrfach an die geänderten Verhältnisse angepasst, zuletzt im Jahr 2001. **In dieser BfA-Information ist die ab 2001 geltende Rechtslage dargestellt.** Die folgenden Ausführungen gelten daher für alle Rentenansprüche ab 2001. Für Rentenansprüche vor 2001 können sich abweichende Regelungen ergeben; dabei verbleibt es auch, wenn solche Renten in Zukunft neu festzustellen sind.

Um einen Rentenanspruch und insbesondere die Höhe der Rente feststellen zu können, ist eine Vielzahl von Einzelregelungen zu beachten. Hinzu kommt, dass in den Herkunftsländern, in denen die Vertriebenen ihr Versicherungsleben zurückgelegt haben, die unterschiedlichsten Bestimmungen galten. Es ist daher nicht möglich, auf sämtliche Einzelheiten und Besonderheiten einzugehen. Dies

würde den Rahmen dieser BfA-Information bei weitem sprengen. Vielmehr werden schwerpunktmäßig die Regelungen aufgegriffen, die für einen größeren Personenkreis von Bedeutung sind. Wer darüber hinaus Aufklärung, Auskunft oder Beratung wünscht, dem empfehlen wir, sich unmittelbar an seinen zuständigen Versicherungsträger zu wenden.

2 Für wen gilt das Fremdrentengesetz?

Das FRG gilt grundsätzlich nicht für jeden, sondern nur für bestimmte Personengruppen. Zu den Personen, die Ansprüche nach dem FRG haben, gehören in erster Linie Vertriebene (einschließlich der Aussiedler) sowie Spätaussiedler. Bedeutung hat das FRG ferner bei Anwendung bestimmter Sozialversicherungsabkommen. Hierzu wird auf Kapitel 6 hingewiesen. Daneben gibt es weitere (kleinere) Personengruppen, die anspruchsberechtigt sind. Sie haben infolge Zeitablaufs heute keine große praktische Bedeutung mehr. Deshalb haben wir in dieser Information auf nähere Einzelheiten hierzu verzichtet.

Zu den nach dem FRG anspruchsberechtigten Personen gehören **nicht** mehr **DDR-Übersiedler**. Die in der ehemaligen DDR zurückgelegten Zeiten sind seit dem 01.01.1992 wie alle deutschen Zeiten nach dem Sechsten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB VI) zu beurteilen.

Ebenso berechtigt der Status als **Kontingentflüchtling** **nicht** zur Anwendung des FRG.

2.1 Vertriebene

Wer zu den Vertriebenen gehört, ist nicht im FRG, sondern im Bundesvertriebenengesetz (BVFG) geregelt. Vertriebener ist, wer als deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger seinen Wohnsitz in den früheren deutschen Ostgebieten oder außerhalb des Reichsgebietes hatte und diesen im Zusammenhang mit den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges infolge Vertreibung verloren hat. Außerdem gehören zu den Vertriebenen die **Aussiedler**, d. h. Personen, die als deutsche Staatsangehörige oder deutsche Volkszugehörige nach Abschluss der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen, aber vor dem 01. 01. 1993, die früheren deutschen Ostgebiete oder bestimmte Gebiete (im Wesentlichen die osteuropäischen Staaten) verlassen haben. Schließlich werden noch einige weitere Personengruppen den Vertriebenen zugerechnet.

Ansprüche nach dem FRG kann nur derjenige geltend machen, der als Vertriebener anerkannt ist. Die Anerkennung erfolgt nicht durch die BfA oder andere Rentenversicherungsträger, sondern durch die örtlich zuständigen Vertriebenen- und Flüchtlingsämter. Die Entscheidungen der Vertriebenen- und Flüchtlingsämter

sind für die Rentenversicherung verbindlich. Nachgewiesen wird die Anerkennung als Vertriebener üblicherweise durch die Vertriebenenausweise „A“ oder „B“. In den neuen Bundesländern gilt das BVFG nur mit Einschränkungen, sodass in der Regel kein Vertriebenenausweis ausgestellt wird. Stattdessen erhalten die Berechtigten auf Anforderung eine besondere Bescheinigung, in der der Vertriebenenstatus bestätigt wird.

2.2 Spätaussiedler

Als Spätaussiedler werden Personen bezeichnet, die die Vertreibungsgebiete erst nach dem 31.12.1992 verlassen haben. Für ihre Anerkennung sind ähnliche Voraussetzungen zu erfüllen wie bei den Aussiedlern. Es gibt allerdings einige Unterschiede; z.B. erhalten – anders als bei den Aussiedlern – nichtdeutsche Ehegatten von Spätaussiedlern nicht den Status eines Spätaussiedlers. Sie gehören daher nicht zum anspruchsberechtigten Personenkreis nach dem FRG und können auf der Grundlage dieses Gesetzes keinen eigenständigen Rentenanspruch erwerben. Über die Anerkennung entscheiden ebenfalls die örtlich zuständigen Vertriebenen- und Flüchtlingsämter. Die Spätaussiedler erhalten hierüber eine entsprechende Bescheinigung.

2.3 Hinterbliebene

Für die Gewährung von Renten an Hinterbliebene (Witwen-, Witwer- und Waisenrenten) reichte es bisher aus, wenn der verstorbene Versicherte **oder** die Hinterbliebenen zu einem der vorgenannten Personenkreise gehörten.

Diese Regelung wird ab 01.01.2002 eingeschränkt. Sie gilt dann bei Witwen- und Witwerrenten nur noch für Todesfälle vor dem 01.01.2002 und wenn der Hinterbliebene vor dem 01.01.2002 nach Deutschland gekommen ist sowie generell bei Waisenrenten. Ansonsten können Witwen und Witwer – wie im Rentenrecht allgemein üblich – nur noch dann Ansprüche nach dem FRG geltend machen, wenn der **Verstorbene** zum berechtigten Personenkreis gehörte.

3 Welche Zeiten können angerechnet werden?

Sind die persönlichen Voraussetzungen für die Anwendung des FRG erfüllt (vgl. Kapitel 2), können Ansprüche nach diesem Gesetz geltend gemacht werden. Insbesondere werden die in den Herkunftsländern zurückgelegten fremden Zeiten den deutschen Zeiten gleichgestellt und damit bei der Rentenberechnung

berücksichtigt. Welche Zeiten dabei im Einzelnen angerechnet werden können, wird in diesem Kapitel näher erläutert.

Eine Ausnahme ist allerdings zu beachten. Das FRG bezieht fremde Versicherungszeiten in die deutsche Rentenversicherung ein, die somit ersatzweise für die fremden Versicherungsträger Leistungen erbringt. Sofern die Versicherungszeiten in besonderen Fällen in einem anderen Staat, der der Europäischen Gemeinschaft angehört oder mit dem die Bundesrepublik Deutschland ein Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen hat, anrechnungsfähig sind, ist das FRG nicht anzuwenden; es sei denn, in den Abkommen ist dies ausdrücklich geregelt.

3.1 Beitragszeiten

Die in den Herkunftsländern zurückgelegten Beitragszeiten werden nach dem FRG anerkannt und damit deutschen Beitragszeiten gleichgestellt.

Eine Beitragszeit liegt im Allgemeinen nur dann vor, wenn es sich um eine tatsächlich mit Beiträgen belegte Zeit handelt. Dies setzt voraus, dass die Beiträge

- an einen Träger der gesetzlichen Rentenversicherung des Herkunftslandes gezahlt worden sind,
- ein wirksames Versicherungsverhältnis begründet haben und
- beim fremden Träger verblieben sind.

Als gesetzliche Rentenversicherung ist dabei jedes System der sozialen Sicherheit anzusehen, in das abhängig beschäftigte Personen durch öffentlich-rechtlichen Zwang einbezogen sind, um sie und ihre Hinterbliebenen für den Fall der Erwerbsminderung, des Alters und des Todes durch Rentenleistungen zu sichern. Diese Voraussetzungen erfüllen praktisch alle heutigen Volksrentensysteme in den osteuropäischen Staaten.

Nicht als gesetzliche Rentenversicherung gelten allerdings Systeme, die vorwiegend zur Sicherung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst geschaffen worden sind. Ebenfalls nicht als gesetzliche Rentenversicherung anzusehen sind eigenständige Sicherungssysteme für Selbständige und freiwillig Versicherte, es sei denn, sie sind von der Bundesregierung ausdrücklich als solche anerkannt worden.

Da die Beitragszahlung ein wirksames Versicherungsverhältnis begründen muss, kann beispielsweise die Zahlung von Anwartschaftsgebühren, mit denen nur die früher erworbenen Anwartschaften aufrechterhalten wurden, aber keine neuen Ansprüche aufgebaut werden konnten, nicht zur Berücksichtigung von Beitragszeiten führen. Ebenso können keine Beiträge berücksichtigt werden, die wieder zurückgezahlt (erstattet) wurden. Ferner können keine Beiträge angerechnet werden, die nur für zusätzliche Leistungen gezahlt wurden.

In der Regel kann davon ausgegangen werden, dass in den osteuropäischen Staaten jede „normale“ Beschäftigung zur Zahlung von Beiträgen zur Rentenversicherung und damit zur Anerkennung als Beitragszeit führt; es sei denn, es handelt sich um besondere Berufsgruppen mit einem eigenständigen System der sozialen Sicherung.

Beispiel:

Eine weibliche Versicherte, geboren am 07.08.1922, arbeitete vom 01.04.1938 bis 31.12.1942 als Stenotypistin in einem Industriebetrieb in Budapest (Ungarn). Aufgrund dieser Beschäftigung waren Beiträge zur Sozialversicherungsanstalt der Privatangestellten (allgemeiner ungarischer Rentenversicherungsträger) zu zahlen. Diese Beiträge ließ sich die Versicherte 1943 anlässlich ihrer Heirat erstatten. Nach dem Krieg nahm sie am 01.01.1946 die frühere Beschäftigung wieder auf, aufgrund der auch wieder Beiträge zur allgemeinen gesetzlichen Rentenversicherung Ungarns gezahlt wurden. Zum 01.01.1947 wechselte sie die Stellung und nahm eine Beschäftigung bei der ungarischen Staatsbahn auf. Die Beiträge waren nun nicht mehr zur allgemeinen gesetzlichen Rentenversicherung zu zahlen, sondern an die Pensions-einrichtung für die Beschäftigten der ungarischen Staatsbahn. Diese Pensionseinrichtung wurde zum 31.12.1951 aufgelöst; ab 01.01.1952 waren die Beiträge wieder an die allgemeine gesetzliche Rentenversicherung Ungarns zu zahlen. Die Beschäftigung dauerte bis zur Aussiedlung im Jahre 1953. Die Versicherte ist als Vertriebene (Ausweis „A“) anerkannt.

Die Versicherte kann als Vertriebene Ansprüche nach dem FRG geltend machen. Als Beitragszeiten nach dem FRG können nur die Beiträge im Jahre 1946 und vom 01.01.1952 bis zur Aussiedlung im Jahre 1953 anerkannt werden. Die Beiträge in den Jahren 1938 bis 1942 wurden zwar ebenfalls an eine gesetzliche Rentenversicherung gezahlt; sie sind dort aber nicht verblichen, sondern erstattet worden. Die Zeit kann daher nicht als Beitragszeit anerkannt werden. Ebenso kann die Zeit vom 01.01.1947 bis 31.12.1951 nicht als Beitragszeit anerkannt werden. Die Beiträge wurden an ein System für öffentlich Bedienstete gezahlt, das nicht als gesetzliche Rentenversicherung gilt (insoweit ist jedoch zu prüfen, ob die Anerkennung von Beschäftigungszeiten möglich ist – vgl. Abschnitt 3.2 –).

Neben diesen tatsächlichen Beitragszeiten sind in Ausnahmefällen auch Zeiten einer Beschäftigung ohne Beitragsleistung als Beitragszeiten gleichgestellt. Das gilt dann, wenn die Beschäftigung nach damaligem Recht des Herkunftslandes einer tatsächlichen Beitragszeit gleichstand und nach Bundesrecht Versicherungspflicht begründet hätte. Zu diesen Ausnahmefällen gehören auch die **Zeiten des Grundwehrdienstes** in den Herkunftsländern **nach dem 08.05.1945**, die generell als Beitragszeiten gelten.

Andererseits enthält das FRG aber auch Regelungen, die die Anerkennung von Beitragszeiten ausschließen, selbst wenn im Herkunftsland tatsächlich Beiträge gezahlt wurden.

Betroffen sind insbesondere Zeiten als Zeit- oder Berufssoldat oder vergleichbarer Personen. Diese Zeiten können nicht als Beitragszeiten anerkannt werden, gleichgültig, ob die Beiträge an ein Sondersystem dieser Personengruppen oder zur allgemeinen Rentenversicherung gezahlt wurden.

Vergleichbare Personen im Sinne dieser Regelung sind z.B. die Angehörigen der Polizei. Als Ausgleich können diesen Personen die Dienstzeiten aber in der Regel als Beschäftigungszeiten angerechnet werden (vgl. Abschnitt 3.2).

Ebenfalls ausgeschlossen ist die Anerkennung von Beitragszeiten für Zeiten einer geringfügigen Beschäftigung oder Tätigkeit sowie für freiwillige Beiträge in niedriger Höhe. Diese Tatbestände werden nur in seltenen Ausnahmefällen vorliegen.

3.2 Beschäftigungszeiten

Sofern eine Anerkennung von Beitragszeiten nicht erfolgen kann (vgl. Abschnitt 3.1), bleibt zu prüfen, ob möglicherweise Beschäftigungszeiten angerechnet werden können. Von Bedeutung ist diese Anrechnungsmöglichkeit für Personen, die Beschäftigungen in Zeiten zurückgelegt haben, in denen im Herkunftsland noch keine gesetzliche Rentenversicherung bestanden hat, bzw. für Beschäftigungen, die von einer bestehenden Rentenversicherung nicht erfasst wurden. Die Berücksichtigung von Beschäftigungszeiten ist jedoch von verschiedenen Voraussetzungen abhängig.

- Beschäftigungszeiten können nicht von allen vom FRG erfassten Personen erworben werden. Anspruchsberechtigt sind in erster Linie die anerkannten Vertriebenen und Spätaussiedler (vgl. Kapitel 2, Abschnitt 2.1 und 2.2) sowie einige der sonstigen Personen (vgl. Kapitel 2, Abschnitt 2.3).
- Es können grundsätzlich nur Beschäftigungen in der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und in deren Nachfolgestaaten sowie in Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien oder China berücksichtigt werden.
- Es werden nur Zeiten nach Vollendung des 17. Lebensjahres angerechnet. Eine Ausnahme gilt nur bei Renten, die unmittelbar (d. h. ohne Unterbrechung) an eine vorangegangene Rente anschließen (z. B. Gewährung einer Altersrente im Anschluss an eine Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit, Gewährung einer Witwenrente nach einer Versichertenrente), die bereits vor dem 01.01.1997 begann. Dann können Beschäftigungszeiten bereits nach Vollendung des 16. Lebensjahres angerechnet werden.
- Berücksichtigungsfähig sind nur abhängige Beschäftigungen (keine selbständigen Erwerbstätigkeiten), die nach dem am 01.03.1957 geltenden Bundes-

recht zur Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung geführt hätten, wenn die Beschäftigungen im damaligen Bundesgebiet verrichtet worden wären. Bei der Prüfung der Versicherungspflicht nach Bundesrecht sind allerdings bestimmte Vorschriften, die Versicherungsfreiheit bewirken konnten, nicht zu beachten (z.B. bezüglich der Höhe der Arbeitsverdienste, der Gewährung von Versorgungsanwartschaften oder der Eigenschaft als Beamter oder Soldat).

- Es darf sich nicht um Zeiten handeln, für die Beiträge erstattet wurden.
- Die Anerkennung von Beschäftigungszeiten ist für verschiedene im FRG festgelegte Zeiträume ausgeschlossen, wenn der Beschäftigte in bestimmte Leistungsgruppen (vgl. Kapitel 4, Abschnitt 4.2, Punkt 4.2.1.1.2) einzustufen wäre. Es handelt sich hierbei um Zeiträume, in denen unterstellt wird, dass der Betreffende aufgrund seiner herausragenden Berufsstellung und dem damit verbundenen Gehalt wegen Überschreitens der Jahresarbeitsverdienstgrenze im Bundesgebiet nicht der Versicherungspflicht unterlegen hätte.
- Die Beschäftigung darf nicht bereits bei einer Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen berücksichtigungsfähig sein oder als nachversichert gelten.

Beispiel

Es liegt der gleiche Sachverhalt wie im Beispiel zu Abschnitt 3.1 vor.

Die Prüfung, ob und in welchem Umfang Beschäftigungszeiten angerechnet werden können, erstreckt sich immer auf Zeiten, die nicht bereits als Beitragszeiten berücksichtigt werden können, also auf die Zeiten vom 01.04.1938 bis 31.12.1942 und vom 01.01.1947 bis 31.12.1951. Die Grundvoraussetzungen für die Anerkennung von Beschäftigungszeiten sind erfüllt, denn die Versicherte ist anerkannte Vertriebene und es handelt sich jeweils um abhängige Beschäftigungen in Ungarn. Dennoch kann die Zeit vom 01.04.1938 bis 31.12.1942 nicht als Beschäftigungszeit anerkannt werden, weil die seinerzeit gezahlten Beiträge erstattet wurden. Außerdem hatte die Versicherte vom 01.04.1938 bis 06.08.1939 das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet. Die Zeit vom 01.01.1947 bis 31.12.1951 kann dagegen als Beschäftigungszeit anerkannt werden, denn die Beschäftigung hätte auch nach dem am 01.03.1957 im Bundesgebiet geltenden Rentenrecht zur Versicherungspflicht geführt.

Für die Rentenberechnung hat die Unterscheidung in Beitrags- und Beschäftigungszeiten keine große Bedeutung. Abgesehen von den unterschiedlichen Anrechnungsvoraussetzungen haben die Beschäftigungszeiten grundsätzlich die gleiche Wirkung wie Beitragszeiten. Lediglich für die Zahlung einer Rente in das

Ausland ergeben sich unterschiedliche Rechtsfolgen. Näheres hierzu ist der BfA-Information Nr. 22 zu entnehmen.

3.3 Kindererziehungszeiten / Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung

In der Rentenversicherung werden auch Zeiten der Kindererziehung berücksichtigt. Nach den allgemeinen Vorschriften betrifft dies regelmäßig nur Zeiten der Kindererziehung in Deutschland. Für die nach dem FRG berechtigten Personen (vgl. Kapitel 2) wird die Erziehung im jeweiligen Herkunftsland der Erziehung in Deutschland gleichgestellt, sodass FRG-Berechtigte unter denselben Voraussetzungen wie deutsche Versicherte Zeiten der Kindererziehung angerechnet erhalten.

3.4 Anrechnungszeiten

Für die nach dem FRG berechtigten Personen gelten zunächst die allgemeinen Vorschriften für die Anerkennung von Anrechnungszeiten (z. B. Zeiten einer Schul-, Fachschul- oder Hochschulausbildung).

Darüber hinaus enthält das FRG zusätzliche Regelungen. Anrechnungszeiten sind danach

- Zeiten der Inhaftierung nach dem 31.12.1991 für Berechtigte im Sinne des Häftlingshilfegesetzes,
- Zeiten der Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit,
- Zeiten der Schwangerschaft und Mutterschaft und
- Zeiten der Arbeitslosigkeit nach dem 30. 09.1927.

Voraussetzung für die Anerkennung dieser Anrechnungszeiten ist grundsätzlich, dass eine Beitrags- oder Beschäftigungszeit (vgl. Abschnitt 3.1 und 3.2) unterbrochen wurde. Die Unterbrechung einer Beitrags- oder Beschäftigungszeit ist allerdings nicht erforderlich für die Haftzeiten sowie – ab 2002 – für zwischen dem 17. und 25. Lebensjahr liegende Zeiten der Schwangerschaft / Mutterschaft oder Arbeitslosigkeit.

Eine Besonderheit gilt für **Zeiten der Arbeitsunfähigkeit (Krankheit)**. Anders als nach deutschem Recht ist in den Herkunftsgebieten eine Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall nahezu unbekannt. Dort werden vielmehr regelmäßig vom ersten Tage der Krankheit an Leistungen der Sozialversicherung gewährt. Dies hätte zur Folge, dass jede noch so kurze Krankheitszeit eine Beitragszeit unterbrechen würde. Um dies zu vermeiden, gelten (kurzfristige) Krankheitszeiten, die in einem Kalendermonat mit Beitrags- oder Beschäftigungszeiten zusammentreffen, nicht als Anrechnungszeiten, sondern als Beitragszeiten.

Beispiel

Beitragszeit vom 01. 01. 1988 bis 15. 03. 1988

Arbeitsunfähigkeit vom 16. 03. 1988 bis 15. 04. 1988

Beitragszeit vom 16. 04. 1988 bis 31. 12. 1988

Die kurzfristige Arbeitsunfähigkeit vom 16. 03. 1988 bis 15. 04. 1988 gilt als Beitragszeit, da in beiden Monaten auch mit Beiträgen belegte Zeiten vorhanden sind. Die gesamte Zeit vom 01. 01. 1988 bis 31. 12. 1988 ist ohne Unterbrechung als Beitragszeit anzurechnen.

Bei längeren Krankheitszeiten sind nur volle Kalendermonate der Arbeitsunfähigkeit als Anrechnungszeiten zu berücksichtigen, nicht aber die „Randmonate“, die auch mit Beitrags- oder Beschäftigungszeiten belegt sind.

Beispiel

Beitragszeit vom 01. 01. 1988 bis 15. 03. 1988

Arbeitsunfähigkeit vom 16. 03. 1988 bis 15. 06. 1988

Beitragszeit vom 16. 06. 1988 bis 31. 12. 1988

Die Zeiten der Arbeitsunfähigkeit vom 16. 03. 1988 bis 31. 03. 1988 und vom 01. 06. 1988 bis 15. 06. 1988 treffen in einem Monat mit Beiträgen zusammen und gelten damit als Beitragszeiten. Die Zeiten vom 01. 01. 1988 bis 31. 03. 1988 und vom 01. 06. 1988 bis 31. 12. 1988 sind daher als Beitragszeiten anzurechnen. Die vollen Kalendermonate der Arbeitsunfähigkeit vom 01. 04. 1988 bis 31. 05. 1988 sind dagegen als Anrechnungszeiten zu berücksichtigen.

3.5 Ersatzzeiten, Zurechnungszeit

Hinsichtlich der ebenfalls für die Rentenberechnung bedeutsamen Ersatzzeiten und Zurechnungszeit enthält das FRG keine Regelungen. Dies ist auch nicht erforderlich, da die allgemeinen Vorschriften keine Beschränkung dieser Zeiten auf bestimmte Gebiete vorsehen. Unabhängig davon, wo derartige Zeiten zurückgelegt wurden, sind sie unter denselben Voraussetzungen anrechenbar wie bei einem stets im Inland lebenden Versicherten.

3.6 Rentenbezugszeiten

Zeiten eines früheren Rentenbezuges können sowohl für die Anerkennung von Anrechnungszeiten von Bedeutung sein als auch für den Erwerb eines Rentenanspruchs (Anwartschaftserhaltungszeiten). Für die nach dem FRG berechtigten Personen stehen die im Herkunftsgebiet zurückgelegten Rentenbezugszeiten insoweit deutschen Rentenbezugszeiten gleich.

Diese Gleichstellung bedeutet jedoch nicht, dass eine im Herkunftsland gezahlte Rente von der deutschen Rentenversicherung übernommen wird. In Deutschland kann ein Rentenanspruch nur entstehen, wenn die nach den deutschen Vorschriften notwendigen Voraussetzungen erfüllt sind. Ob im Herkunftsland bereits eine Rente bezogen wurde, ist unerheblich.

4 Wie werden diese Zeiten berücksichtigt?

Im vorangegangenen Kapitel wurde erläutert, welche in den Herkunftsländern zurückgelegten Zeiten angerechnet werden können. Diese Zeiten haben die gleiche Wirkung wie entsprechende in Deutschland zurückgelegte Zeiten. Mit dieser Gleichstellung der fremden Zeiten ist es allein aber noch nicht getan, um eine Rentenberechnung durchführen zu können. Das FRG enthält daher weitere Regelungen zur Zuordnung der anrechenbaren Beitrags- und Beschäftigungszeiten zu den in Deutschland bestehenden unterschiedlichen Zweigen der Rentenversicherung, zu ihrer Bewertung und zur Bestimmung des Rentenniveaus.

4.1 Zuordnung zu einem Versicherungszweig

Entsprechend dem in Deutschland bestehenden System der gegliederten Rentenversicherung (Rentenversicherung der Angestellten, Rentenversicherung der Arbeiter und knappschaftliche Rentenversicherung) müssen die nach dem FRG anerkannten Zeiten einem dieser Versicherungszweige zugeordnet werden.

4.1.1 Pflichtbeitragszeiten und Beschäftigungszeiten (abhängig) Beschäftigter

Diese Zeiten werden

- a) der **Rentenversicherung der Angestellten** zugeordnet, sofern die der Beitragszahlung zugrunde liegende Beschäftigung, wäre sie in den alten Bundesländern verrichtet worden, nach deutschen Vorschriften Versicherungspflicht in diesem Versicherungszweig begründet hätte (dies ist der Fall, wenn eine Beschäftigung überwiegend geistiger Art ausgeübt wurde),

- b) der **Rentenversicherung der Arbeiter** zugeordnet, sofern die der Beitragszahlung zugrunde liegende Beschäftigung, wäre sie in den alten Bundesländern verrichtet worden, nach deutschen Vorschriften Versicherungspflicht in diesem Versicherungszweig begründet hätte (dies ist der Fall, wenn eine Beschäftigung überwiegend körperlicher Art ausgeübt wurde),
- c) der **knappschaftlichen Rentenversicherung** zugeordnet, sofern sie in einer der knappschaftlichen Rentenversicherung entsprechenden Berufsversicherung zurückgelegt worden sind und die Beschäftigung, wäre sie in den alten Bundesländern verrichtet worden, nach den jeweils geltenden deutschen Vorschriften Versicherungspflicht in der knappschaftlichen Rentenversicherung begründet hätte

oder

nach dem 31.12.1923 in einer anderen, nicht der knappschaftlichen Rentenversicherung entsprechenden Versicherung, jedoch während der Zugehörigkeit zu einem knappschaftlichen Betrieb zurückgelegt worden sind und die Beschäftigung, wäre sie in den alten Bundesländern verrichtet worden, nach den jeweils geltenden deutschen Vorschriften Versicherungspflicht in der knappschaftlichen Rentenversicherung begründet hätte.

Beispiel

Für den Beschäftigten einer Maschinenfabrik werden Beitragszeiten vom 01.01.1970 bis 31.12.1979 anerkannt. Während dieser Zeit war er zunächst als gelernter Schlosser tätig. Aufgrund von Fortbildungsmaßnahmen wurde er ab 01.01.1977 als technischer Zeichner eingesetzt.

Die Beitragszeiten vom 01.01.1970 bis 31.12.1976 sind der Rentenversicherung der Arbeiter zuzuordnen, denn der Versicherte übte als Schlosser eine Beschäftigung aus, die überwiegend körperlicher Art war und daher nach deutschem Recht der Rentenversicherung der Arbeiter zugeordnet worden wäre.

Die Beitragszeiten vom 01.01.1977 bis 31.12.1979 sind der Rentenversicherung der Angestellten zuzuordnen, denn der Versicherte übte als technischer Zeichner eine Beschäftigung aus, die überwiegend geistiger Art war und daher nach deutschem Recht der Rentenversicherung der Angestellten zugeordnet worden wäre.

4.1.2 Pflichtbeitragszeiten Selbständiger (z. B. Gewerbetreibende, Unternehmer, freiberuflich Tätige)

Diese Zeiten werden

- a) der **Rentenversicherung der Angestellten** zugeordnet, sofern zu Beginn der Beitragszahlung eine Tätigkeit überwiegend geistiger Art ausgeübt worden ist.
- b) der **Rentenversicherung der Arbeiter** zugeordnet, sofern zu Beginn der Beitragszahlung eine Tätigkeit überwiegend körperlicher Art ausgeübt worden ist
oder
sofern die Beiträge während einer Tätigkeit als selbständiger Handwerker gezahlt worden sind.

Beispiel

Für einen selbständigen Fuhrunternehmer werden Beitragszeiten vom 01.01.1970 bis 31.12.1979 anerkannt. Zu Beginn der Selbständigkeit verfügte er nur über einen Lastwagen, den er selbst fuhr; die notwendigen Büroarbeiten erledigte er abends. Im Laufe der Zeit vergrößerte er das Unternehmen, stellte mehrere Fahrer ein und kümmerte sich selbst nur noch um die Büroarbeit.

Die Beitragszeiten vom 01.01.1970 bis 31.12.1979 sind der Rentenversicherung der Arbeiter zuzuordnen, denn beim Versicherten stand zu Beginn seiner Selbständigkeit die Tätigkeit als Kraftfahrer im Vordergrund, die überwiegend körperlicher Art ist. Bei dieser einmal getroffenen Zuordnung verbleibt es, auch wenn vom Versicherten später nur noch Tätigkeiten überwiegend geistiger Art (Büroarbeiten) verrichtet wurden.

4.1.3 Beitragszeiten freiwillig Versicherter

Zeiten, für die freiwillige Beiträge zur Fortsetzung einer früheren Pflichtversicherung gezahlt worden sind, werden dem Versicherungszweig zugeordnet, dem die Pflichtversicherung, deren Fortsetzung sie dienen, zuzuordnen ist.

Zeiten, für die freiwillige Beiträge ohne vorausgegangene Pflichtversicherung zu einer einheitlichen Rentenversicherung bzw. Sozialversicherung gezahlt worden sind, werden

- a) der **Rentenversicherung der Angestellten** zugeordnet, sofern zu Beginn der Beitragszahlung eine Beschäftigung oder Tätigkeit überwiegend geistiger Art ausgeübt worden ist,
- b) der **Rentenversicherung der Arbeiter** zugeordnet, sofern zu Beginn der Beitragszahlung eine Beschäftigung oder Tätigkeit überwiegend körperlicher Art ausgeübt worden ist.

4.1.4 Sonstige Zeiten

Für die Zuordnung der übrigen Zeiten (vgl. Kapitel 3, Abschnitte 3.3–3.6) enthält das FRG keine besonderen Regelungen. Es gelten dieselben Grundsätze wie für entsprechende deutsche Zeiten.

4.2 Bewertung der Zeiten

Ein Kernpunkt für die Bestimmung der Rentenhöhe sind die erzielten und der Beitragszahlung zugrunde liegenden individuellen Arbeitsverdienste. Für die nach dem FRG anerkannten Beitrags- und Beschäftigungszeiten muss dagegen auf andere Werte zurückgegriffen werden, denn abgesehen davon, dass die individuellen Arbeitsverdienste häufig nicht mehr bekannt bzw. nachweisbar sein werden, wären diese Arbeitsverdienste wegen der erheblich unterschiedlichen Wirtschafts- und Währungssysteme in den Herkunftsländern nicht mit den Verdiensten in Deutschland vergleichbar.

4.2.1 Allgemeine Bewertung von Pflichtbeitrags- und Beschäftigungszeiten

Den Pflichtbeitrags- und Beschäftigungszeiten werden statistisch ermittelte Durchschnittswerte zugrunde gelegt, die ein vergleichbarer Versicherter in Deutschland erzielt hätte. Die Regelungen, nach denen diese Werte zu ermitteln sind, sind zum 01.01.1992 grundlegend geändert worden. Unterschieden wird bei der Bewertung zwischen den bis zum 31.12.1949 und den ab 01.01.1950 zurückgelegten Zeiten.

Eine Ausnahme gilt nur bei Renten, die unmittelbar (d. h. ohne Unterbrechung) an eine vorangegangene Rente anschließen (z. B. Gewährung einer Altersrente im Anschluss an eine Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit, Gewährung einer Witwenrente nach einer Versichertenrente), die bereits vor dem 01.01.1996 begann, und wenn der Rentner vor dem 01.07.1990 in die alten Bundesländer zugezogen ist. Dann werden alle Pflichtbeitrags- und Beschäftigungszeiten weiterhin wie in der vorangegangenen Rente bewertet.

4.2.1.1 Zeiten bis 1949

4.2.1.1.1 Allgemeines

Die Tabellenwerte beruhen auf Durchschnittsverdiensten in Deutschland. Um die maßgebenden Werte der Vergleichsperson feststellen zu können, muss nach Geschlecht, Versicherungszweig und Leistungsgruppe unterschieden werden. Die unterschiedlichen Werte für Männer und Frauen beruhen darauf, dass es Unterschiede in den Durchschnittsverdiensten der Männer und Frauen gab und die zugewanderten Versicherten den einheimischen Versicherten gleichgestellt werden sollen.

Die Unterscheidung nach den einzelnen Versicherungszweigen wurde bereits im Abschnitt 4.1 erläutert.

4.2.1.1.2 Leistungsgruppen

Kernstück der Bewertung ist die Einstufung in die einzelnen Leistungsgruppen, von denen es in den jeweiligen Versicherungszweigen eine unterschiedliche Anzahl gibt.

Für die Rentenversicherung der Angestellten sind

5 Leistungsgruppen,

für die Rentenversicherung der Arbeiter sind

3 allgemeine Leistungsgruppen sowie

je 2 besondere Leistungsgruppen für Arbeiter in der Landwirtschaft und Arbeiter in der Forstwirtschaft

gebildet worden.

Auf die Leistungsgruppen der knappschaftlichen Rentenversicherung wird in dieser Information nicht eingegangen. Hierüber erteilt die örtlich zuständige Knappschaft Auskunft.

Für die Einstufung in die Leistungsgruppen sind die Merkmale der Beschäftigung, die Grundlage für die Anerkennung der Zeiten war, maßgebend. In der Regel ist dies die tatsächlich ausgeübte Beschäftigung. Welche Voraussetzungen für die einzelnen Leistungsgruppen erforderlich sind, ist gesetzlich festgelegt. Sie sind im Kapitel 8, Abschnitt 8.1 abgedruckt.

Die Leistungsgruppen sind in einem Stufenverhältnis aufeinander aufgebaut. Dementsprechend steigern sich auch die Anforderungen von Leistungsgruppe zu Leistungsgruppe bis zur jeweils höchsten Leistungsgruppe 1. Regelmäßig müssen mehrere Voraussetzungen gemeinsam vorliegen, bis die Anforderungen einer Leistungsgruppe erfüllt sind. Werden nicht alle geforderten Voraussetzungen erfüllt, so kommt nur die Einstufung in die nächstniedrigere Leistungsgruppe in Betracht (sofern die dortigen Voraussetzungen erfüllt sind). Dabei ist es unerheblich, wenn die Anforderungen dieser Leistungsgruppe möglicherweise „übererfüllt“ sind, denn die Definitionen der einzelnen Leistungsgruppen enthalten jeweils nur **Mindestanforderungen**. Die Anforderungen der Leistungsgruppen unterscheiden sich im Wesentlichen in der Schwierigkeit der Tätigkeit, der Verantwortung des Beschäftigten sowie der Berufserfahrung.

Bei der Leistungsgruppeneinstufung kommt es sehr stark auf die Verhältnisse im Einzelfall an, da es praktisch keine völlig identischen Lebensläufe gibt. Allgemeingültige Hinweise zu geben ist schwierig.

Mit dem folgenden Beispiel soll versucht werden, die bei der Leistungsgruppeneinstufung maßgebenden Gesichtspunkte darzustellen; es ist aber nicht auf andere Fälle übertragbar.

Beispiel

Eine Versicherte schloss im Sommer 1948 ihre Ausbildung an einer pädagogischen Fachschule in der ehemaligen Sowjetunion erfolgreich ab. Ab 01.09.1948 war sie als Lehrerin für die unteren Klassen (Grundschullehrerin) tätig. Diese Tätigkeit übte sie bis zum Erreichen des Rentenalters am 30.06.1985 aus. Am 15.02.1996 zog sie als Spätaussiedlerin nach Deutschland.

Die nachgewiesenen und anerkannten Beitragszeiten sind der Rentenversicherung der Angestellten zuzuordnen (vgl. Abschnitt 4.1.1). Es ist also zu prüfen, in welche der 5 für die Rentenversicherung der Angestellten bestehenden Leistungsgruppen die Tätigkeit einzustufen ist.

Vom 01.09.1948 bis 31.12.1949 ist die Leistungsgruppe 4 zutreffend, denn die Versicherte erfüllt alle dort genannten Voraussetzungen, insbesondere den erfolgreichen Besuch einer Fachschule. Die Leistungsgruppe 4 ist die übliche Eingangsstufe für Beschäftigte mit einer regulären abgeschlossenen Berufsausbildung (Lehre, Fachschule). Eine höhere Einstufung kommt für die Versicherte als Berufsanfängerin nicht in Betracht, obwohl der Beruf einer Lehrerin mehr als eine nur einfache Tätigkeit ohne eigene Entscheidungsbefugnis ist. Eine bessere Einstufung scheitert aber an den fehlenden Berufserfahrungen, die die höheren Leistungsgruppen fordern (Leistungsgruppe 3: mehrjährige Berufserfahrung, Leistungsgruppe 2: besondere Erfahrungen). Solche Berufserfahrungen können erst nach längerer Berufsausübung erworben werden. Die Zeit vom 01.09.1948 bis 31.12.1949 reicht hierfür nicht aus; eine Höherstufung käme erst in späteren Jahren in Betracht, in denen aber bereits die andere Bewertungsform gilt.

4.2.1.1.3 Bestimmung der anzurechnenden Werte

Ist die Einstufung in die Leistungsgruppe (vgl. Abschnitt 4.2.1.1.2) vorgenommen, so sind die Werte, die für diese Leistungsgruppe maßgebend sind, aus Tabellen zu entnehmen. Jeder Versicherungszweig hat seine eigenen Tabellen, und zwar getrennt für männliche und weibliche Versicherte (Beschäftigte). Entsprechend den Verhältnissen im früheren Reichsgebiet enthalten die Tabellen bis Juni 1942 Beitragsklassen. Auf den Abdruck wurde wegen der weit in der Vergangenheit liegenden Zeiträume und aus Platzgründen verzichtet.

Für die Folgezeit werden Bruttoarbeitsentgelte zugeordnet, die im Kapitel 8, Abschnitt 8.2 abgedruckt sind.

Bei ihnen handelt es sich jeweils um Jahresbeträge. Wurde die Beschäftigung nur in einem Teil des Kalenderjahres ausgeübt, sind die Tabellenentgelte nur anteilmäßig zu berücksichtigen. Diese Berechnung erfolgt tageweise genau, wobei volle Kalendermonate mit 30 Tagen, das Jahr mit 360 Tagen gerechnet werden.

Beispiel

Ausgehend von dem unter Abschnitt 4.2.1.1.2 gebildeten Beispiel sind der Versicherten Entgelte nach der im Kapitel 8, Abschnitt 8.2, abgedruckten Tabelle 2 (weibliche Versicherte in der Rentenversicherung der Angestellten) zuzuordnen.

Für das Jahr 1948 ist für die Leistungsgruppe 4 ein Betrag von 1.668,00 DM angegeben. Hierbei handelt es sich um den Jahreswert. Zu bewerten ist aber nur die Zeit vom 01. 09. 1948 bis 31. 12. 1948. Für die 4 Monate können daher nur 120/360 des Jahreswertes angerechnet werden, also 556,00 DM.

Für das Jahr 1949 kann der Tabellenwert von 2.136,00 DM übernommen werden.

Die so ermittelten Tabellenwerte müssen in bestimmten Fällen (auch in dem gebildeten Beispiel) reduziert bzw. begrenzt werden. Wann und in welchem Umfang das erforderlich ist, ist in Abschnitt 4.2.5 beschrieben.

4.2.1.2 Zeiten ab 1950

4.2.1.2.1 Allgemeines

Die Tabellenwerte beruhen auf Durchschnittsverdiensten in den neuen Bundesländern, die allerdings pauschal auf die höheren Verdienste im alten Bundesgebiet angehoben wurden. Um die maßgebenden Werte der Vergleichsperson feststellen zu können, muss nach Qualifikationsgruppe und Wirtschaftsbereich unterschieden werden. Die Werte sind für Männer und Frauen identisch.

4.2.1.2.2 Qualifikationsgruppen

Insgesamt bestehen 5 Qualifikationsgruppen, die für alle Versicherungszweige gleichermaßen gelten.

- Qualifikationsgruppe 1: Hochschulabsolventen
- Qualifikationsgruppe 2: Fachschulabsolventen
- Qualifikationsgruppe 3: Meister
- Qualifikationsgruppe 4: Facharbeiter
- Qualifikationsgruppe 5: Angelernte und Ungelernte

Wichtigstes Unterscheidungsmerkmal ist die erworbene Qualifikation des Versicherten. Sie bestimmt grundsätzlich die Qualifikationsgruppe, in die der Versicherte einzustufen ist. Erforderlich ist allerdings ferner, dass auch eine dieser Qualifikation entsprechende Tätigkeit ausgeübt wurde. Welche Voraussetzungen für die einzelnen Qualifikationsgruppen erfüllt sein müssen bzw. wie sie erworben werden können, ist gesetzlich festgelegt. Sie sind im Kapitel 8, Abschnitt 8.3 abgedruckt.

Qualifikationsgruppen und Leistungsgruppen sind nach unterschiedlichen Gesichtspunkten zuzuordnen; sie sind nicht vergleichbar.

Beispiel

Es liegt derselbe Sachverhalt vor wie im Beispiel zu Abschnitt 4.2.1.1.2; jetzt sind aber die Zeiten ab 1950 zu bewerten.

Die gesamte Zeit vom 01.01.1950 bis zum 30.06.1985 ist durchgehend in die Qualifikationsgruppe 2 einzustufen, denn die Versicherte hat eine Fachschule absolviert, und sie übte auch eine ihrer Fachschulausbildung entsprechende Tätigkeit aus.

Anders als bei der Einstufung in Leistungsgruppen kann ihr die Qualifikationsgruppe sofort nach dem Erwerb der Berufsqualifikation zugeordnet werden, ohne dass sie noch weitere Berufserfahrungen sammeln müsste. Sie verbleibt allerdings auch stets in derselben Qualifikationsgruppe. Ein Aufstieg in eine höhere Qualifikationsgruppe käme nur dann in Betracht, wenn sie eine höhere Qualifikation (z.B. Hochschulabschluss) erwerben würde und dann dem Hochschulabschluss entsprechende Tätigkeiten ausüben würde.

4.2.1.2.3 Wirtschaftsbereiche

Die Bestimmung des maßgebenden Wirtschaftsbereichs richtet sich danach, welchem Wirtschaftsbereich der Betrieb, in dem der Versicherte seine Beschäftigung ausgeübt hat, zuzuordnen wäre, wenn der Betrieb in den neuen Bundesländern gelegen hätte. War der Betrieb Teil einer größeren Unternehmenseinheit, ist diese für die Bestimmung des Wirtschaftsbereichs maßgebend. Insgesamt wird nach 23 verschiedenen Wirtschaftsbereichen unterschieden. Dies sind:

Lfd. Nr.	Wirtschaftsbereich
1	Energie- und Brennstoffindustrie einschl. Kohlebergbau (Stein- und Braunkohlenindustrie, Kokereien)
2	Chemische Industrie einschl. Salzbergbau (z.B. Kali- und Steinsalzindustrie)
3	Metallurgie einschl. Erzbergbau
4	Baumaterialienindustrie
5	Wasserwirtschaft
6	Maschinen- und Fahrzeugbau
7	Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau
8	Leichtindustrie (Holz-, Glas- u. Konfektionsindustrie, aber ohne Textilindustrie)

Lfd. Nr.	Wirtschaftsbereich
9	Textilindustrie (z.B. Faser-, Garn- und Stoffherstellung)
10	Lebensmittelindustrie
11	Bauwirtschaft
12	Sonstige produzierende Bereiche (z.B. Verlage, Forschungszentren der Industrie)
13	Produzierendes Handwerk
14	Land- und Forstwirtschaft
15	Verkehr
16	Post- und Fernmeldewesen
17	Handel
18	Bildung, Gesundheitswesen, Kultur und Sozialwesen
19	Wissenschaft, Hoch- und Fachschulwesen
20	Staatliche Verwaltung und gesellschaftliche Organisationen
21	Sonstige nichtproduzierende Bereiche (z.B. Sozialversicherung, Wohnungswirtschaft, Touristik)
22	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (nur Genossenschafts mitglieder ; Arbeiter und Angestellte sind dem Bereich 14 zuzuordnen)
23	Produktionsgenossenschaften des Handwerks (nur Genossenschafts mitglieder ; Arbeiter und Angestellte sind den Bereichen 11 oder 13 zuzuordnen)

Um die Zuordnung zu einem dieser Wirtschaftsbereiche vornehmen zu können, muss der Erwerbszweck des Betriebs festgestellt werden, d.h. welche Waren produziert oder welche Dienstleistungen erbracht wurden. Häufig werden sich (insbesondere bei größeren Unternehmenseinheiten) Elemente mehrerer Wirtschaftsbereiche in einem Betrieb mischen. Dann ist der wirtschaftliche Schwerpunkt des Betriebs maßgebend. Ausgehend von dem so festgestellten Erwerbszweck ist der Betrieb dann dem Wirtschaftsbereich zuzuordnen, dem er in den neuen Bundesländern angehört hätte.

Beispiel

Es wurde eine Beschäftigung in einem Werk ausgeübt, in dem Lederschuhe hergestellt wurden. Ein Teil der Schuhproduktion wurde direkt ab Werk an Privatpersonen (Endverbraucher) verkauft.

Der Erwerbszweck des Betriebs bestand somit einerseits in der Herstellung von Lederschuhen und andererseits im Verkauf seiner Produkte (Handel). Es muss festgestellt werden, welcher Betriebsteil den wirtschaftlichen Schwerpunkt bildete. Dies dürfte in diesem Beispielsfall die Herstellung der Schuhe sein, da sich der Verkauf nur auf einen Teil der Schuhproduktion beschränkte. Ein Betrieb, dessen überwiegender Erwerbszweck die Herstellung von Lederschuhen ist, wäre in den neuen Bundesländern der Leichtindustrie (Teilbereich: Leder- und Schuhindustrie) zugeordnet worden. Demzufolge ist die Beschäftigung in den Wirtschaftsbereich 8 (Leichtindustrie) einzuordnen.

Kommen nach dem Ergebnis der Ermittlungen mehrere Wirtschaftsbereiche in Betracht (z.B. Lebensmittelindustrie oder Landwirtschaft), ist der Wirtschaftsbereich mit den niedrigeren Werten maßgebend. Ist der Wirtschaftsbereich nicht bestimmbar (z.B. weil die Hinterbliebenen keine entsprechenden Angaben mehr machen können oder sich der Betrieb nicht einordnen lässt), ist der Bereich mit den niedrigsten Werten maßgebend.

4.2.1.2.4 Bestimmung der anzurechnenden Werte

Sind die Einstufung in die Qualifikationsgruppe und die Bestimmung des Wirtschaftsbereiches vorgenommen, so sind die sich daraus ergebenden Entgelte aus Tabellen zu entnehmen (vgl. Kapitel 8, Abschnitt 8.4). Die Tabellen enthalten DM-Beträge. Für Zeiten ab 2002 (Einführung des Euro) werden die Tabellenentgelte entsprechend der allgemeinen Einkommensentwicklung fortgeschrieben.

Bei den Tabellenentgelten handelt es sich jeweils um Jahreswerte (Ausnahme: Für 1990 bestehen zwei Halbjahreswerte). Wurde die Beschäftigung nur in einem Teil des Kalenderjahres ausgeübt, sind die Tabellenentgelte nur anteilmäßig zu berücksichtigen. Diese Berechnung erfolgt tageweise genau, wobei volle Kalendermonate mit 30 Tagen, das Jahr mit 360 Tagen gerechnet werden.

Bei der Ermittlung der Entgelte sind zwei Besonderheiten zu beachten. Die Tabellen sind nicht speziell für die Bewertung von FRG-Zeiten erstellt worden, sondern für einen anderen Zweck. In ihnen ist bereits eine Kürzung für glaubhaft gemachte Zeiten enthalten, die zunächst rückgängig zu machen ist. Die Tabellenentgelte sind daher generell um ein Fünftel zu erhöhen. Die Beitragsbemessungsgrenze, bis zu der in Deutschland Entgelte höchstens angerechnet werden können, darf dadurch aber nicht überschritten werden. Die im Kapitel 8, Abschnitt 8.4 abgedruckten Entgelte sind bereits ggf. entsprechend der in der Rentenversicherung der Angestellten und Arbeiter geltenden Beitragsbemessungsgrenze reduziert. Sofern eine Zuordnung der Zeiten in die knappschaftliche Rentenversicherung vorzunehmen ist (vgl. Abschnitt 4.1.1), gilt eine höhere Beitragsbemessungsgrenze.

Beispiel

Es liegt derselbe Sachverhalt wie in dem Beispiel zu Abschnitt 4.2.1.2.2 vor. Die Tätigkeit an einer öffentlichen Schule ist dem Wirtschaftsbereich 18 (Bildung, Gesundheitswesen, Kultur und Sozialwesen) zuzuordnen.

Die Werte sind nach den im Kapitel 8, Abschnitt 8.4, abgedruckten Tabellen festzustellen.

Für das Jahr 1950 ergibt sich aus der Tabelle 18 für die Qualifikationsgruppe 2 ein Entgelt von 3.521,00 DM. Dieses Entgelt ist um ein Fünftel zu erhöhen, auf 4.225,20 DM.

Für das Jahr 1951 ergibt sich ein Tabellenentgelt von 3.888,00 DM. Erhöht um ein Fünftel sind 4.665,60 DM anzurechnen. Ebenso ist das Entgelt für die folgenden Jahre zu ermitteln.

Für das Jahr 1985 ist das Entgelt anteilmäßig festzustellen. Das Tabellenentgelt beträgt 31.181,00 DM; erhöht um ein Fünftel 37.417,20 DM. Für die Zeit vom 01.01.1985 bis 30.06.1985 sind hiervon 180/360 anzurechnen, das sind 18.708,60 DM.

Die so ermittelten Tabellenentgelte müssen in bestimmten Fällen (auch in dem gebildeten Beispiel) reduziert bzw. begrenzt werden. Wann und in welchem Umfang das erforderlich ist, ist in Abschnitt 4.2.5 beschrieben.

4.2.2 Besonderheiten bei der Bewertung der Pflichtbeitrags- und Beschäftigungszeiten

4.2.2.1 Pflichtbeitragszeiten von Selbständigen

Für Selbständige richtet sich die Bewertung ihrer Beitragszeiten zunächst nach denselben Grundsätzen wie bei abhängig Beschäftigten. Allerdings sind Besonderheiten bei der Leistungsgruppeneinstufung und der Qualifikationsgruppeneinstufung zu beachten. Die Einstufung, die zunächst wie bei einem vergleichbaren abhängig Beschäftigten nach der Art der Tätigkeit bzw. der erworbenen Qualifikation bestimmt wird, ist ggf. aufgrund der Beitragshöhe bzw. der Einkommensverhältnisse zu korrigieren. Weicht die Beitragsleistung oder das Einkommen des Selbständigen erheblich von der Beitragsleistung oder dem Verdienst eines vergleichbaren abhängig Beschäftigten ab, so ist die Leistungsgruppe bzw. die Qualifikationsgruppe um eine Stufe (nach oben oder unten) zu verändern.

4.2.2.2 Zeiten der Ausbildung (Lehre)

Für Beitrags- und Beschäftigungszeiten während einer Ausbildung (insbesondere der Lehre) werden nach den Vorschriften des FRG keine Leistungs- oder Qualifi-

kationsgruppen zugeordnet. Bei der Rentenberechnung werden diese Zeiten zunächst mit einem festen Wert angerechnet, der 30% des Durchschnittsverdienstes aller Versicherten entspricht. Sind die Zeiten nur glaubhaft gemacht, reduziert sich dieser Wert auf 25% des Durchschnittsverdienstes aller Versicherten (vgl. Abschnitt 4.2.5.3).

Je nach Lage des Einzelfalles kann dieser feste Wert um einen Zuschlag erhöht werden, der sich aus dem gesamten Versicherungsleben ergibt (Gesamtleistungsbewertung).

4.2.2.3 Zeiten des Grundwehrdienstes

Zeiten des Grundwehrdienstes in den Herkunftsländern erhalten grundsätzlich dieselbe Bewertung wie entsprechende Zeiten in den alten Bundesländern. Ihnen werden Werte zugeordnet, die je nach Zeitraum zwischen dem Durchschnittsverdienst aller Versicherten und knapp 60 % hiervon liegen.

Allerdings werden diese Werte noch reduziert (vgl. Abschnitt 4.2.5.4).

4.2.2.4 Zeiten der Kindererziehung

Zeiten der Kindererziehung in den Herkunftsländern erhalten grundsätzlich dieselbe Bewertung wie entsprechende Zeiten in Deutschland. Ihnen werden Werte zugeordnet, die dem Durchschnittsverdienst aller Versicherten entsprechen.

Allerdings werden diese Werte noch reduziert (vgl. Abschnitt 4.2.5.4).

4.2.3 Bewertung freiwilliger Beiträge

Sofern die im Herkunftsland gezahlten freiwilligen Beiträge die erforderliche Mindesthöhe erreichen und daher angerechnet werden können (vgl. Kapitel 3, Abschnitt 3.1), werden die Beitragsklassen bzw. Entgelte angerechnet, die den freiwilligen Mindestbeiträgen im alten Bundesgebiet entsprechen.

4.2.4 Bewertung sonstiger Zeiten

Für sonstige Zeiten (Ersatz- und Anrechnungszeiten) gelten grundsätzlich die allgemeinen Bestimmungen des Rentenrechts, wonach diesen Zeiten individuelle, nach der Gesamtleistungsbewertung ermittelte Werte zugrunde gelegt werden.

Eine Ausnahme gilt für Zeiten der Arbeitslosigkeit nach dem 30.06.1978 und der Krankheit nach dem 31.12.1983. Sie werden nicht bewertet.

4.2.5 Begrenzungen und Reduzierungen

Die nach den Abschnitten 4.2.1 bis 4.2.3 ermittelten Werte müssen in bestimmten Fällen (ggf. auch mehrfach) auf Höchstbeträge begrenzt bzw. reduziert werden.

4.2.5.1 Mitarbeiter eines Staatssicherheitsdienstes

Für Mitarbeiter eines Staatssicherheitsdienstes besteht eine Höchstgrenze, bis zu der die Entgelte berücksichtigt werden dürfen. Die Höchstgrenze liegt beim **Durchschnittsverdienst aller Versicherten**.

4.2.5.2 Teilzeitbeschäftigung

Die Tabellenentgelte gelten jeweils für Vollzeitbeschäftigungen. Deshalb sind die Tabellenentgelte auch zu verringern, wenn keine Vollzeitbeschäftigung, sondern eine Teilzeitbeschäftigung ausgeübt wurde. Die Entgelte sind dann in dem Verhältnis zu reduzieren, in dem die tatsächliche Arbeitszeit zur üblichen Arbeitszeit stand. Für eine Halbtagsbeschäftigung sind also nur die halben Tabellenwerte anzurechnen.

4.2.5.3 Glaubhaft gemachte Zeiten

Sind die Beitrags- und Beschäftigungszeiten (vgl. Kapitel 3, Abschnitte 3.1 und 3.2) nicht nachgewiesen, sondern nur glaubhaft gemacht (vgl. Kapitel 7, Abschnitt 7.2), können die nach den vorangegangenen Ausführungen ermittelten Werte **nur zu fünf Sechsteln** berücksichtigt werden. Dies gilt sowohl für Zeiten, denen Entgelte zugeordnet werden, als auch für Zeiten, denen Beitragsklassen zugeordnet werden.

Beispiel

Es wird das Beispiel aus Abschnitt 4.2.1.2.4 fortgesetzt; die Beitragszeiten sind aber nicht nachgewiesen, sondern glaubhaft gemacht.

Anstelle des für das Jahr 1985 ermittelten Entgelts von 18.708,60 DM können nur fünf Sechstel hiervon berücksichtigt werden; das sind 15.590,50 DM.

Die 5/6-Kürzung wird nur noch bei den Werten vorgenommen; eine Reduzierung beim Umfang der Zeiten (wie vor 1992 üblich) erfolgt nicht mehr.

Sofern es sich um Zeiten ab 1950 handelt (vgl. Abschnitt 4.2.1.2), wird mit der 5/6-Kürzung die vorherige Anhebung um ein Fünftel (vgl. Abschnitt 4.2.1.2.4) aufgehoben. Im Ergebnis ist damit wieder der ursprüngliche Tabellenwert erreicht. Das gilt aber nur, wenn keine der vorstehend beschriebenen Begrenzungen (vgl. Abschnitte 4.2.5.1 bis 4.2.5.2) vorzunehmen ist.

4.2.5.4 Genereller Abschlag

FRG-Leistungen sollen grundsätzlich um 40% reduziert werden.

Abgesehen von den Ausbildungszeiten (vgl. Abschnitt 4.2.2.2), den freiwilligen Beiträgen (vgl. Abschnitt 4.2.3) und den sonstigen Zeiten (vgl. Abschnitt 4.2.4) werden die Werte aller FRG-Zeiten reduziert.

Beispiel

Ausgehend von dem in Abschnitt 4.2.5.3 fortgeführten Beispiel kommt es zu einer weiteren Reduzierung.

Da es sich um keine der besonderen Zeiten handelt, muss eine Reduzierung um 40 % vorgenommen werden. Formell erfolgt sie erst bei der Rentenberechnung (an den sog. Entgeltpunkten). Anschaulich kann man die Kürzung aber am Entgelt darstellen, was zum selben Ergebnis führt.

Für die Rentenberechnung wird gewissermaßen so getan, als wenn das zuvor für das Jahr 1985 ermittelte Entgelt von 15.590,50 DM nur zu 60 % angerechnet würde, das wären 9.354,30 DM.

4.2.5.5 Höchstgrenze

Die auf dem FRG beruhenden Leistungen dürfen einen bestimmten Höchstwert nicht übersteigen. Von dieser Regelung sind aber nicht alle Berechtigten betroffen. Ausgenommen sind diejenigen, die vor dem 07.05.1996 nach Deutschland zugezogen sind. Die Begrenzung betrifft somit alle, die **seit dem 07.05.1996 zugezogen** sind.

Der zulässige Höchstwert beträgt 25 Entgeltpunkte pro Berechtigten. Entgeltpunkte (ein Fachbegriff aus der Rentenformel) bestimmen maßgebend die Rentenhöhe (zur Rentenberechnung vgl. BfA-Information „Wie berechne ich meine Rente?“). Die 25 Entgeltpunkte führen – bezogen auf eine Altersrente – in den alten Bundesländern seit 01.07.2001 im Regelfall zu einer Rentenhöhe von monatlich 1.237,75 DM bzw. 632,85 EUR; bei einer Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bzw. einer Hinterbliebenenrente zu einer entsprechend geringeren Rentenhöhe.

Zum FRG-Anteil einer Rente, der ggf. auf diesen Höchstwert zu begrenzen ist, gehören nicht nur solche Entgeltpunkte, die sich direkt aus den FRG-Zeiten (vgl. Kapitel 3) ergeben, sondern auch die, die indirekt von FRG-Zeiten beeinflusst werden. Der FRG-Anteil einer Rente ist die Differenz zweier Teilberechnungen, einmal mit allen vorhandenen Zeiten und einmal ohne die nach dem FRG anerkannten Zeiten.

Der Höchstwert von 25 Entgeltpunkten gilt nicht für jede einzelne Rente, sondern für den einzelnen Berechtigten. Hat jemand Anspruch auf zwei Renten (z. B. eigene Altersrente und Witwenrente nach dem verstorbenen Ehemann), in denen jeweils FRG-Zeiten enthalten sind, gilt der Höchstwert für beide Renten zusammen. Die zulässigen 25 Entgeltpunkte werden dann vorrangig in der günstigeren Rente berücksichtigt. Für die ungünstigere Rente verbleibt dann nur noch der in der vorrangigen Rente noch nicht ausgeschöpfte Rest, ggf. auch gar kein FRG-Anteil, wenn der zulässige Höchstwert von 25 Entgeltpunkten in der vorrangigen Rente bereits erreicht wurde.

Für Ehepaare sowie Personen, die in eheähnlicher Gemeinschaft leben, gilt ein weiterer Höchstwert. Beide Partner zusammen dürfen für FRG-Anteile ihrer Renten nicht mehr als 40 Entgeltpunkte erhalten. Die 40 Entgeltpunkte führen – bezogen auf Altersrenten – in den alten Bundesländern derzeit im Regelfall zu einer Rentenhöhe von monatlich 1.980,40 DM bzw. 1.012,56 EUR. Dieser Höchstwert ist im Verhältnis der jeweiligen FRG-Anteile auf beide Personen aufzuteilen.

Die Aufteilung des Höchstwertes auf mehrere Renten führt dazu, dass jede Veränderung beim Rentenanspruch (z.B. Beginn oder Ende einer weiteren Rente – auch beim Partner -) oder beim Familienstand (z.B. Heirat oder Scheidung) Auswirkungen auf andere Renten haben kann. Die Rentenbezieher sind daher verpflichtet, entsprechende Mitteilungen an ihren zuständigen Versicherungsträger zu machen, damit geprüft werden kann, ob eine Neufeststellung der Rente erforderlich ist. Dabei kann sich der Rentenbetrag mindern.

4.3 Rentenniveau

In Deutschland besteht zwar seit dem 01.01.1992 ein einheitliches Rentenrecht; trotzdem können sich unterschiedliche Rentenhöhen in den alten und in den neuen Bundesländern ergeben, denn die derzeit noch unterschiedlichen Einkommensverhältnisse beeinflussen die Berechnung der Renten. Deshalb enthält das FRG bzw. das hierzu bestehende Übergangsrecht Regelungen, die festlegen, ob die FRG-Zeiten zu einer Rentenhöhe auf westdeutschem oder ostdeutschem Niveau führen.

Das ostdeutsche Rentenniveau beträgt seit 01.07.2001 etwa 87 % des westdeutschen Rentenniveaus.

Sobald sich die Einkommensverhältnisse und damit auch die Rentenhöhen vollständig angeglichen haben, wird die Unterscheidung in westdeutsches und ostdeutsches Rentenniveau hinfällig.

4.3.1 Unveränderter Aufenthalt in Deutschland

Es gilt die Regel, dass der Aufenthaltsort das Rentenniveau bestimmt. Beim Aufenthalt in den alten Bundesländern erhalten die FRG-Berechtigten Leistungen aus den FRG-Zeiten auf westdeutschem Niveau, beim Aufenthalt in den neuen Bundesländern gibt es dagegen Leistungen auf ostdeutschem Niveau.

4.3.2 Wohnsitzwechsel innerhalb Deutschlands

Wurde in der Vergangenheit oder wird in der Zukunft der Aufenthaltsort zwischen den alten und den neuen Bundesländern verändert, gelten folgende Regeln.

Der Umzug von den alten in die neuen Bundesländer führt zu einem Wechsel vom westdeutschen zum ostdeutschen Rentenniveau. Das gilt auch für Rentenbezie-

her. Die Rente wird sich dann regelmäßig verringern. Eine Ausnahme gilt nur dann, wenn die Rentenzahlung bereits vor 1992 begann; dann verbleibt es bei der Leistung auf westdeutschem Niveau.

Beim Umzug von den neuen in die alten Bundesländer ändert sich das Rentenniveau dagegen nicht. Die Leistungen werden auf ostdeutschem Rentenniveau erbracht. Eine Ausnahme gilt nur dann, wenn der Umzug bereits vor 1991 erfolgte; dann können die Leistungen für FRG-Zeiten auf westdeutschem Niveau erbracht werden.

4.3.3 Aufenthalt im Ausland

Bei einem Auslandsaufenthalt werden FRG-Zeiten nur in wenigen Fällen berücksichtigt (vgl. hierzu BfA-Information Nr. 22). Sofern einer dieser Ausnahmefälle vorliegt, führen die FRG-Zeiten grundsätzlich zu einer Rentenberechnung auf westdeutschem Niveau. Bei einem Umzug von Deutschland ins Ausland wird sich die Rente aber regelmäßig mindern oder sogar völlig entfallen.

5 Welche Sonderregelungen gibt es noch?

Mit der **Gleichstellung** der fremden Zeiten (vgl. Kapitel 3) und deren **Bewertung** (vgl. Kapitel 4) ist das Ziel des FRG, die Eingliederung der betroffenen Personen in das deutsche Rentenrecht, bereits weitgehend erreicht. Die Voraussetzungen für einen **Rentenanspruch** richten sich dann allein nach den allgemeinen Bestimmungen; Ausnahmeregelungen hierzu bestehen im FRG nicht. Auf einige Sonderregelungen soll aber noch eingegangen werden.

5.1 Rentenbeginn

Der Rentenbeginn richtet sich grundsätzlich nach den allgemeinen Vorschriften. Diese sehen bei Versichertenrenten eine 3-monatige Antragsfrist vor. Wird diese Antragsfrist versäumt, führt dies zu einem verspäteten Rentenbeginn. Für die nach dem FRG berechtigten Personen, die diese Frist ebenfalls zu beachten haben, beginnt die 3-monatige Antragsfrist aber nicht vor dem Zuzug nach Deutschland.

Außerdem ist im FRG geregelt, dass Renten **frühestens** mit dem Zuzug nach Deutschland beginnen können.

Beispiel

Ein Spätaussiedler aus Russland zieht am 10.09.2001 nach Deutschland und stellt am 06.11.2001 einen Antrag auf Rente wegen Erwerbsminderung. Aufgrund der medizinischen Untersuchungen wird festgestellt, dass Erwerbsminderung bereits seit dem 14.12.1989 vorliegt.

Die 3-monatige Antragsfrist wird nicht bereits durch den Eintritt der Erwerbsminderung (14.12.1989), sondern erst durch den Zuzug (10.09.2001) ausgelöst. Sie endet daher erst am 31.12.2001. Der Antrag wurde somit rechtzeitig gestellt. Die Rente beginnt mit dem frühestmöglichen Zeitpunkt, dem Zuzug, also am 10.09.2001.

Wäre der Rentenanspruch nicht am 06.11.2001, sondern am 06.01.2002 (und damit verspätet) gestellt worden, könnte die Rente erst am 01.01.2002 beginnen.

5.2 Anrechnung fremder Renten

Die Berücksichtigung der fremden Zeiten bei der deutschen Rentenberechnung trägt der Tatsache Rechnung, dass aus diesen Zeiten von anderen Stellen regelmäßig keine Leistungen gewährt werden. Sofern aber ein fremder Versicherungsträger aus den im Herkunftsland zurückgelegten Zeiten eine Rente zahlt, wird diese fremde Rente angerechnet. Die deutsche Rente vermindert sich also entsprechend. Ein fremder Rentenanspruch kann aufgrund der Sozialversicherungsabkommen entstehen (vgl. Kapitel 6). Darüber hinaus sind in letzter Zeit in einigen Herkunftsländern (z.B. in Russland, Rumänien und Tschechien) die dortigen Gesetze so geändert worden, dass unter Umständen eine Rentenzahlung nach Deutschland möglich ist.

Beispiel

Ein Spätaussiedler aus Polen zieht 2001 nach Deutschland. Die polnischen Versicherungszeiten werden nach dem FRG anerkannt. Die daraus berechnete Rente beträgt 1.100,00 DM. Darüber hinaus erhält er aufgrund des deutsch-polnischen Sozialversicherungsabkommens aus denselben Versicherungszeiten eine polnische Rente, die umgerechnet 200,00 DM beträgt.

Die polnische Rente ist anzurechnen. Neben der polnischen Rente steht ihm die deutsche Rente nur noch in Höhe von 900,00 DM zu. Aus Vereinfachungsgründen wird in derartigen Fällen die polnische Rente direkt dem deutschen Versicherungsträger gezahlt und einbehalten; dafür wird die deutsche Rente ungekürzt weitergezahlt.

5.3 Erklärungsfristen für Zeiten der Kindererziehung

Zeiten der Kindererziehung werden stets dem Erziehenden gutgeschrieben. Bei gemeinsamer Erziehung durch beide Elternteile steht den Berechtigten in bestimmtem Umfang ein Wahlrecht zu, wem die Zeiten angerechnet werden sollen. Dieses Wahlrecht kann nur innerhalb bestimmter Fristen ausgeübt werden.

Für die nach dem FRG berechtigten Personen, denen solche Zeiten ebenfalls anerkannt werden können (vgl. Kapitel 3, Abschnitt 3.3), reicht es aus, wenn die Erklärung **innerhalb eines Jahres nach dem Zuzug** in die Bundesrepublik Deutschland abgegeben wird.

6 Welche zwischenstaatlichen Regelungen müssen beachtet werden?

Das FRG regelt die Ansprüche der Berechtigten allein aus deutscher Sicht. Darüber hinaus bestehen aber auch Sozialversicherungsabkommen mit verschiedenen Herkunftsländern.

6.1 Abkommen mit Polen

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen bestehen zwei Sozialversicherungsabkommen, die unterschiedlich ausgestaltet sind und die für verschiedene Personengruppen gelten. Über die folgenden Erläuterungen hinausgehende Ausführungen zu diesen Abkommen enthält die BfA-Information Nr. 42.

6.1.1 Abkommen vom 09.10.1975

Das Abkommen vom 09.10.1975 gilt für Personen, die **bis zum 31.12.1990** nach Deutschland **zugezogen** sind und sich hier aufhalten. In besonderen Ausnahmefällen gilt es auch für Zuzüge bis zum 30.06.1991.

Das Abkommen beruht auf denselben Grundsätzen wie das FRG, nämlich der Eingliederung der fremden Zeiten. Es regelt daher, dass der Staat, in dem sich der Betreffende aufhält, die Zeiten im anderen Staat mit in seine Rentenberechnung einbezieht. Im Ergebnis erhalten die Abkommensberechtigten die gleichen Leistungen wie die FRG-Berechtigten.

Somit gelten die Ausführungen in dieser BfA-Information gleichermaßen für die Personen, die vom Abkommen vom 09.10.1975 erfasst werden, mit den folgenden Besonderheiten.

Ansprüche können alle Abkommensberechtigten geltend machen; sie brauchen die persönlichen Voraussetzungen – z.B. Anerkennung als Vertriebener – (vgl.

Kapitel 2) nicht zu erfüllen. Bei der Bewertung der Zeiten sind die im Kapitel 4, Abschnitte 4.2.5.1, 4.2.5.4 und 4.2.5.5 beschriebenen Begrenzungen und Reduzierungen nicht vorzunehmen.

6.1.2 Abkommen vom 08.12.1990

Das Abkommen vom 08.12.1990 gilt für Personen, die **nach dem 31.12.1990** von oder nach Deutschland **verzogen** sind (Ausnahmen können für Verzüge in der Zeit vom 01.01.1991 bis 30.06.1991 gelten), sowie für Personen, die sich im Ausland aufhalten. Das Abkommen beruht auf dem Grundsatz, dass jeder Staat für die bei ihm zurückgelegten Zeiten aufzukommen hat. Für die in Polen zurückgelegten Zeiten steht also auch bei einem Aufenthalt in Deutschland eine polnische Rente zu. Das Abkommen bescheidet aber nicht die innerstaatlichen Ansprüche nach dem FRG. Berechtigte, die die persönlichen Voraussetzungen für die Anwendung des FRG erfüllen (vgl. Kapitel 2), erhalten nach wie vor die in dieser Information beschriebenen Leistungen. Ihnen wird lediglich die polnische Rente angerechnet (vgl. Kapitel 5, Abschnitt 5.2).

6.2 Abkommen mit Bulgarien

Das deutsch-bulgarische Sozialversicherungsabkommen vom 17.12.1997 ist am 01.02.1999 in Kraft getreten (vgl. BfA-Information Nr. 36).

Das Abkommen beruht – ebenso wie das deutsch-polnische Abkommen vom 08.12.1990 (vgl. Abschn. 6.1.2) – auf dem Grundsatz, dass jeder Staat für die bei ihm zurückgelegten Zeiten aufzukommen hat. Für die in Bulgarien zurückgelegten Zeiten steht also auch beim Aufenthalt in Deutschland eine bulgarische Rente zu. Das Abkommen schränkt aber nicht die Ansprüche nach dem FRG ein. Berechtigte, die die persönlichen Voraussetzungen des FRG erfüllen (vgl. Kapitel 2), erhalten nach wie vor die in dieser Information beschriebenen Leistungen. Ihnen wird lediglich die bulgarische Rente angerechnet (vgl. Kapitel 5, Abschnitt 5.2).

6.3 Abkommen mit Ungarn

Das deutsch-ungarische Sozialversicherungsabkommen vom 02.05.1998 ist am 01.05.2000 in Kraft getreten (vgl. BfA-Information Nr. 44).

Für dieses Abkommen gelten die zum Abkommen mit Bulgarien gemachten Ausführungen im Abschnitt 6.2 entsprechend.

7 Wie werden die Ansprüche verwirklicht?

Wie die vorangegangenen Kapitel gezeigt haben, ist das FRG für die berechtigten Personen von erheblicher Bedeutung. In diesem Kapitel soll nun aufgezeigt werden, was bei der Verwirklichung der Ansprüche nach dem FRG (insbesondere bei der Anerkennung der im Herkunftsland zurückgelegten Zeiten) zu beachten ist.

7.1 Antragstellung

Damit die Versicherungsträger prüfen können, ob und welche Zeiten nach dem FRG anzuerkennen sind, muss ein entsprechender Antrag gestellt werden. Zuständig für diese Feststellung ist der Versicherungsträger, an den die letzten Beiträge gezahlt wurden. Wurden die letzten Beiträge im Herkunftsland gezahlt, kommt es darauf an, welchem Versicherungszweig die letzten nach dem FRG anrechenbaren Beitrags- oder Beschäftigungszeiten zuzuordnen sind (vgl. Kapitel 4, Abschnitt 4.1).

Sind die letzten fremden Zeiten der Rentenversicherung der Angestellten zuzuordnen, ist die BfA für den Antrag zuständig. Sind die letzten fremden Zeiten der Rentenversicherung der Arbeiter zuzuordnen, ist der Antrag an die für den Wohnort zuständige Landesversicherungsanstalt (LVA) zu richten. Sonderregelungen gibt es für Bergleute, Seeleute und Eisenbahnbedienstete.

Beispiel

Ein Aussiedler aus der ehemaligen UdSSR hat dort in einer Maschinenfabrik zunächst 30 Jahre als Schlosser, anschließend aufgrund von Fortbildungsmaßnahmen noch 10 Jahre als technischer Zeichner gearbeitet. Nach dem Zuzug nach Deutschland will er einen Rentenanspruch stellen. Beiträge wurden in Deutschland nicht mehr gezahlt.

Der Rentenanspruch ist an die BfA zu richten, denn die letzten Beiträge in der ehemaligen UdSSR sind der Rentenversicherung der Angestellten zuzuordnen (vgl. Kapitel 4, Abschnitt 4.1.1). Es spielt keine Rolle, dass die längere Zeit als Schlosser der Rentenversicherung der Arbeiter zuzuordnen ist. Die BfA entscheidet auch über diese Zeiten.

7.2 Beweismittel

Mit der Antragstellung allein ist es aber noch nicht getan. In der gesetzlichen Rentenversicherung gilt der Grundsatz der objektiven Beweislast; d. h., derjenige, der aus einer Tatsache Rechte herleiten will, muss diese Tatsachen beweisen.

Auch wenn die Rentenversicherungsträger bei der Beschaffung von Unterlagen soweit wie möglich behilflich sind, geht es letztlich zu Lasten des Versicherten, wenn sich bestimmte Tatsachen nicht mehr aufklären lassen.

Welche Anforderungen werden nun an den Nachweis gestellt?

Grundsätzlich müssen die rechtserheblichen Tatbestände vollständig bewiesen werden. Beweis bzw. **Nachweis** bedeutet dabei die Begründung der vollen Überzeugung, d.h. eines so hohen Grades von Wahrscheinlichkeit, dass kein vernünftiger, die Lebensverhältnisse klar überschauender Mensch noch zweifelt. Derart beweiskräftige Unterlagen werden die FRG-Berechtigten oftmals nicht mehr erbringen können, weil sowohl durch die Kriegsereignisse als auch durch die Vertreibung Unterlagen häufig verloren gegangen bzw. nicht mehr erreichbar sind.

Dem hat der Gesetzgeber dadurch Rechnung getragen, dass er eine Beweiserleichterung geschaffen hat. Danach genügt für die Feststellung der rechtserheblichen Tatsachen die **Glaubhaftmachung**. Eine Tatsache ist glaubhaft gemacht, wenn ihr Vorliegen nach dem Ergebnis der Ermittlungen, die sich auf sämtliche erreichbaren Beweismittel erstrecken sollen, überwiegend wahrscheinlich ist. Es muss also mehr für als gegen eine Tatsache sprechen.

Es stellt sich nun die Frage, welche Unterlagen konkret als Nachweis bzw. als Mittel der Glaubhaftmachung anzusehen sind, zumal dies für die Bewertung der anrechenbaren Zeiten von Bedeutung ist (vgl. Kapitel 4, Abschnitt 4.2.5.3). Der Gesetzgeber hat es bewusst vermieden, die zulässigen Beweismittel auf bestimmte Unterlagen zu beschränken. Dies bedeutet, dass generell alle denkbaren Unterlagen für einen Nachweis oder eine Glaubhaftmachung herangezogen werden können, sofern sie Aufschluss über die festzustellenden Tatbestände geben können. Es kann sich für den Versicherten daher durchaus lohnen, sämtliche in seinem Besitz befindlichen Unterlagen durchzusehen, um bestimmte Tatbestände zu belegen.

Zu den üblichen Unterlagen, um eine Beitrags- oder Beschäftigungszeit zu beweisen oder glaubhaft zu machen, gehören insbesondere: Unterlagen bzw. Bestätigungen der ausländischen Versicherungsträger, Arbeitsbücher, Zeugnisse bzw. Arbeitgeberbescheinigungen und Zeugenerklärungen. Darüber hinaus können die Versicherungsträger (sozusagen als letztes Mittel) auch eine Versicherung an Eides statt des Versicherten zulassen, wenn alle anderen Beweismöglichkeiten ausgeschöpft sind.

Die Tatsache, dass es bei der Zulassung von Beweismitteln keinerlei Beschränkungen gibt, bedeutet jedoch nicht, dass alle Unterlagen zum Nachweis oder zur Glaubhaftmachung ausreichen. Dies muss vom Versicherungsträger in jedem Einzelfall konkret geprüft werden. So ist beispielsweise die Qualität von Zeugenerklärungen naturgemäß sehr unterschiedlich. Es ist ein erheblicher Unterschied, ob

der Zeuge ein Arbeitskollege war und daher aus eigener Anschauung Angaben zur Tätigkeit des Versicherten machen kann oder ob der Zeuge seine Kenntnisse nur aus zweiter Hand hat.

Schwierig ist insbesondere der Nachweis von Beitragszeiten. Ein solcher Nachweis ist für viele osteuropäische Staaten kaum zu erbringen. Dies hängt mit der unterschiedlichen Gestaltung der Rentenversicherungssysteme zusammen. Während es nach deutschem Recht und somit für die Anerkennung nach dem FRG auf die Beitragszahlung ankommt, honorieren die osteuropäischen Staaten (jedenfalls in den Nachkriegszeiten) Arbeitszeiten. Für die dortige Rentenversicherung kommt es nur darauf an, dass ein Arbeitsverhältnis bestand. Ob dieses durch Fehlzeiten (insbesondere durch Zeiten der Arbeitsunfähigkeit) unterbrochen war – und daher auch nach den dortigen Bestimmungen keine Beiträge zu zahlen waren –, ist unerheblich. Die ausländischen Rentenversicherungsträger sind daher vielfach gar nicht in der Lage, den Umfang der für die Anerkennung nach dem FRG wichtigen Beitragszahlung bzw. deren Unterbrechung zu bestätigen. Dies führt dazu, dass Beitragszeiten häufig „nur“ glaubhaft gemacht, nicht aber nachgewiesen werden können.

Beispiel

Ein Aussiedler aus Rumänien reicht mit seinem Antrag das Arbeitsbuch ein, das für die rumänische Rentenversicherung die entscheidende Versicherungsunterlage ist. In diesem Arbeitsbuch sind alle Beschäftigungen ordnungsgemäß eingetragen.

Obwohl qualitativ bessere Unterlagen in Rumänien nicht existieren, kann das Arbeitsbuch nur als Mittel der Glaubhaftmachung angesehen werden (mit der Folge, dass die darin bescheinigten Zeiten nur mit fünf Sechsteln der Tabellenwerte berücksichtigt werden können), weil nur die Beschäftigungen im arbeitsrechtlichen Sinne eingetragen sind, Angaben über etwaige Fehlzeiten (insbesondere Krankheitszeiten) aber nicht vorgesehen sind.

Beispiel

Ein Aussiedler aus Polen reicht mit seinem Antrag das übliche seit den 60er Jahren verwandte Legitimationsbuch ein. In diesem Legitimationsbuch sind alle Beschäftigungen ordnungsgemäß eingetragen. Ferner sind in den dafür vorgesehenen Rubriken auch Angaben zu Krankheitszeiten enthalten.

Das Legitimationsbuch ist als Nachweis anzusehen, weil nicht nur die Beschäftigungen, sondern auch etwaige Fehlzeiten bestätigt sind. Die Beitragszeiten können daher mit vollen Tabellenwerten (ungekürzt) anerkannt werden, allerdings ohne die bestätigten Fehlzeiten.

7.3 Änderung früherer Anerkennungen

Bereits im Kapitel 1 wurde darauf hingewiesen, dass das FRG mehrfach in wesentlichen Teilen geändert wurde. Diese Neuregelungen traten an die Stelle der bisherigen Vorschriften. Dabei ist zu beachten, dass das Übergangsrecht keinen Bestandsschutz für bereits anerkannte Zeiten vorsieht. Das bedeutet, dass alle nach den alten FRG-Fassungen erteilten Herstellungsbescheide (mit fremden Zeiten) überprüft und ggf. korrigiert werden müssen, soweit sie der neuen Rechtslage nicht mehr entsprechen. Nur die bereits gezahlten Renten bleiben unverändert, sofern nicht aufgrund sonstiger Veränderungen (z.B. bei Verzügen – vgl. Kapitel 4, Abschnitt 4.3.2 -) eine Überprüfung erforderlich wird.

8 Anhang

8.1 Leistungsgruppen (für Zeiten bis 1949)

Vorbemerkung:

Den folgenden Definitionen (mit Ausnahme der Leistungsgruppe 1 der Angestellten) sind im Gesetz jeweils noch beispielhafte Aufzählungen von Berufen angefügt. Auf ihren Abdruck wurde aus Platzgründen verzichtet, da sie gegenüber den allgemeinen Definitionen ohnehin nachrangig sind und Zeiten bis 1949 keine große Rolle mehr spielen.

8.1.1 Rentenversicherung der Angestellten

Leistungsgruppe 1

Angestellte in leitender Stellung mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnis.

Leistungsgruppe 2

Angestellte mit besonderen Erfahrungen und selbständigen Leistungen in verantwortlicher Tätigkeit mit eingeschränkter Dispositionsbefugnis, die Angestellte anderer Tätigkeitsgruppen einzusetzen und verantwortlich zu unterweisen haben. Außerdem Angestellte, die als Obermeister, Oberrichtmeister oder Meister mit hohem beruflichen Können und besonderer Verantwortung großen Werkstätten oder Abteilungen vorstehen.

Leistungsgruppe 3

Angestellte mit mehrjähriger Berufserfahrung oder besonderen Fachkenntnissen und Fähigkeiten oder mit Spezialtätigkeiten, die nach allgemeiner Anweisung selbständig arbeiten, jedoch keine Verantwortung für die Tätigkeit anderer tragen. Außerdem Angestellte mit qualifizierter Tätigkeit, die die fachlichen Erfahrungen eines Meisters, Richtmeisters oder Gießereimeisters aufweisen, bei erhöhter Verantwortung größeren Abteilungen vorstehen und denen Aufsichtspersonen oder Hilfsmeister unterstellt sind.

Leistungsgruppe 4

Angestellte ohne eigene Entscheidungsbefugnis in einfacher Tätigkeit, deren Ausübung eine abgeschlossene Berufsausbildung oder durch mehrjährige Berufstätigkeit, den erfolgreichen Besuch einer Fachschule oder durch privates Studium erworbene Fachkenntnisse voraussetzt. Außerdem Angestellte, die als Aufsichtspersonen einer kleineren Zahl von überwiegend ungelerten Arbeitern vorstehen, sowie Hilfsmeister, Hilfswerkmeister oder Hilfsrichtmeister.

Leistungsgruppe 5

Angestellte in einfacher, schematischer oder mechanischer Tätigkeit, die keine Berufsausbildung erfordert.

8.1.2 Rentenversicherung der Arbeiter

8.1.2.1 Arbeiter außerhalb der Land- und Forstwirtschaft

Leistungsgruppe 1

Arbeiter, die aufgrund ihrer Fachkenntnisse und Fähigkeiten mit Arbeiten beschäftigt werden, die als besonders schwierig oder verantwortungsvoll oder vielgestaltig anzusehen sind. Die Befähigung kann durch abgeschlossene Lehre oder durch langjährige Beschäftigung mit entsprechenden Arbeiten erworben sein. In den Tarifen sind die Angehörigen dieser Gruppe meist als Facharbeiter, auch qualifizierte oder hoch qualifizierte Facharbeiter, Spezialfacharbeiter, Facharbeiter mit meisterlichem Können, Meister und Vorarbeiter im Stundenlohn, Betriebshandwerker, gelernte Facharbeiter, Facharbeiter mit Berufsausbildung und Erfahrung und ähnlich bezeichnet.

Leistungsgruppe 2

Arbeiter, die im Rahmen einer speziellen, meist branchengebundenen Tätigkeit mit gleichmäßig wiederkehrenden oder mit weniger schwierigen und verantwortungsvollen Arbeiten beschäftigt werden, für die keine allgemeine Berufsbefähigung vorausgesetzt werden muss. Die Kenntnisse und Fähigkeiten für diese Arbeiten haben die Arbeiter meist im Rahmen einer mindestens drei Monate dauernden Anlernzeit mit oder ohne Abschlussprüfung erworben. In den Tarifen werden die hier erwähnten Arbeiter meist als Spezialarbeiter, qualifizierte angelernte Arbeiter, angelernte Arbeiter mit besonderen Fähigkeiten, angelernte Arbeiter, vollwertige Betriebsarbeiter, angelernte Hilfsarbeiter, Betriebsarbeiter und ähnlich bezeichnet.

Leistungsgruppe 3

Arbeiter, die mit einfachen, als Hilfsarbeiten zu bewertenden Tätigkeiten beschäftigt sind, für die eine fachliche Ausbildung auch nur beschränkter Art nicht erforderlich ist. In den Tarifen werden diese Arbeiter meist als Hilfsarbeiter, ungelernete Arbeiter, einfache Arbeiter und ähnlich bezeichnet.

8.1.2.2 Arbeiter in der Landwirtschaft

Leistungsgruppe 1

Arbeiter mit langjähriger Berufserfahrung oder Fachausbildung, die besonders verantwortungsvolle, schwierige oder qualifizierte Arbeiten ausführen.

Leistungsgruppe 2

Arbeiter, die mit gleichmäßig wiederkehrenden Arbeiten beschäftigt sind.

8.1.2.3 Arbeiter in der Forstwirtschaft

Leistungsgruppe 1

Männliche Arbeiter mit langjähriger Berufserfahrung oder Fachausbildung, die besonders verantwortungsvolle, schwierige oder qualifizierte Arbeiten ausführen.

Leistungsgruppe 2

Männliche Arbeiter, die mit gleichmäßig wiederkehrenden Arbeiten beschäftigt sind.

8.2 Tabellen (für Zeiten bis 1949)

Tabelle 1

Durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelte der **männlichen** Versicherten in der Rentenversicherung der **Angestellten** in RM/DM

Jahr	Angestellte der Leistungsgruppe				
	1	2	3	4	5
1942	6 996	4 884	3 948	2 604	2 028
1943	7 032	4 908	3 960	2 628	2 076
1944	6 936	4 848	3 900	2 604	2 064
1945	5 376	3 768	3 012	2 028	1 632
1946	5 328	3 732	2 976	2 016	1 632
1947	5 508	3 852	3 060	2 088	1 704
1948	6 660	4 668	3 684	2 544	2 088
1949	7 200	5 976	4 692	3 264	2 712

Tabelle 2

Durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelte der **weiblichen** Versicherten in der Rentenversicherung der **Angestellten** in RM/DM

Jahr	Angestellte der Leistungsgruppe				
	1	2	3	4	5
1942	4 884	3 396	2 544	1 776	1 296
1943	4 908	3 408	2 568	1 788	1 320
1944	4 836	3 360	2 544	1 764	1 320
1945	3 756	2 604	1 980	1 368	1 032
1946	3 648	2 520	1 920	1 332	1 020
1947	3 768	2 604	1 992	1 380	1 056
1948	4 560	3 144	2 412	1 668	1 296
1949	5 832	4 008	3 084	2 136	1 668

Tabelle 3

Durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelte der männlichen Versicherten in der Rentenversicherung der Arbeiter in RM/DM							
Jahr	Arbeiter außerhalb der Land- und Forstwirtschaft der Leistungsgruppe			Arbeiter in der Landwirtschaft der Leistungsgruppe		Arbeiter in der Forstwirtschaft der Leistungsgruppe	
	1	2	3	1	2	1	2
1942	2 988	2 604	2 004	1 608	972	1 872	1 668
1943	3 012	2 616	2 040	1 632	984	1 896	1 680
1944	2 964	2 580	2 028	1 620	972	1 884	1 668
1945	2 268	2 028	1 596	1 320	792	1 536	1 368
1946	2 220	2 052	1 620	1 380	828	1 608	1 428
1947	2 256	2 064	1 704	1 428	864	1 668	1 476
1948	2 688	2 520	2 112	1 668	1 008	1 944	1 728
1949	3 432	3 216	2 724	2 028	1 224	2 364	2 100

Tabelle 4

Durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelte der weiblichen Versicherten in der Rentenversicherung der Arbeiter in RM/DM						
Jahr	Arbeiterinnen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft der Leistungsgruppe			Arbeiterinnen in der Landwirtschaft der Leistungsgruppe		Arbeiterinnen in der Forstwirtschaft der Leistungsgruppe
	1	2	3	1	2	
1942	1 428	1 452	1 428	1 008	768	876
1943	1 476	1 500	1 404	1 008	768	876
1944	1 476	1 488	1 380	996	756	876
1945	1 128	1 152	1 068	780	588	672
1946	1 080	1 104	1 032	756	576	660
1947	1 128	1 152	1 044	756	576	660
1948	1 392	1 428	1 260	888	672	780
1949	1 752	1 800	1 632	1 104	840	972

8.3 Qualifikationsgruppen (für Zeiten ab 1950)

Versicherte sind in eine der nachstehenden Qualifikationsgruppen einzustufen, wenn sie deren Qualifikationsmerkmale erfüllen und eine entsprechende Tätigkeit ausgeübt haben. Haben Versicherte aufgrund langjähriger Berufserfahrung Fähigkeiten erworben, die üblicherweise denen von Versicherten einer höheren Qualifikationsgruppe entsprechen, sind sie in diese Qualifikationsgruppe einzustufen.

Qualifikationsgruppe 1

Hochschulabsolventen

1. Personen, die in Form eines Direkt-, Fern-, Abend- oder externen Studiums an einer Universität, Hochschule, Ingenieurhochschule, Akademie oder an einem Institut mit Hochschulcharakter ein Diplom erworben oder ein Staatsexamen abgelegt haben.
2. Personen, denen aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder wissenschaftlicher Leistungen ein wissenschaftlicher Grad oder Titel zuerkannt worden ist (z.B. Attestation im Bereich Volksbildung, Dr.h.c., Professor).
3. Inhaber gleichwertiger Abschlusszeugnisse staatlich anerkannter höherer Schulen und Universitäten.

Hierzu zählen nicht Teilnehmer an einem verkürzten Sonderstudium (z.B. Teilstudium), das nicht mit dem Erwerb eines Diploms oder Staatsexamens abschloss.

Qualifikationsgruppe 2

Fachschulabsolventen

1. Personen, die an einer Ingenieur- oder Fachschule in einer beliebigen Studienform oder extern den Fachschulabschluss entsprechend den geltenden Rechtsvorschriften erworben haben und denen eine Berufsbezeichnung der Fachschulausbildung erteilt worden ist.
2. Personen, denen aufgrund gesetzlicher Bestimmungen im Beitrittsgebiet der Fachschulabschluss bzw. eine Berufsbezeichnung der Fachschulausbildung zuerkannt worden ist.
3. Personen, die an staatlich anerkannten mittleren und höheren Fachschulen außerhalb des Beitrittsgebiets eine Ausbildung abgeschlossen haben, die der Anforderung des Fachschulabschlusses im Beitrittsgebiet entsprach, und ein entsprechendes Zeugnis besitzen.
4. Technische Fachkräfte, die berechtigt die Berufsbezeichnung „Techniker“ führten, sowie Fachkräfte, die berechtigt eine dem „Techniker“ gleichwertige Berufsbezeichnung entsprechend der Systematik der Berufe im Beitrittsgebiet (z.B. Topograph, Grubensteiger) führten.

Hierzu zählen nicht Teilnehmer an einem Fachschulstudium, das nicht zum Fachschulabschluss führte, und Meister, auch wenn die Ausbildung an einer Ingenieur- oder Fachschule erfolgte.

Qualifikationsgruppe 3

Meister

Personen, die einen urkundlichen Nachweis über eine abgeschlossene Qualifikation als Meister bzw. Meister des Handwerks besitzen bzw. denen aufgrund langjähriger Berufserfahrung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen im Beitrittsgebiet die Qualifikation als Meister zuerkannt wurde.

Hierzu zählen nicht in Meisterfunktion eingesetzte oder den Begriff „Meister“ als Tätigkeitsbezeichnung führende Personen, die einen Meisterabschluss nicht haben (z.B. Platzmeister, Wagenmeister).

Qualifikationsgruppe 4

Facharbeiter

Personen, die über die Berufsausbildung oder im Rahmen der Erwachsenenqualifizierung nach abgeschlossener Ausbildung in einem Ausbildungsberuf die Facharbeiterprüfung bestanden haben und im Besitz eines Facharbeiterzeugnisses (Facharbeiterbrief) sind oder denen aufgrund langjähriger Berufserfahrung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen im Beitrittsgebiet die Facharbeiterqualifikation zuerkannt worden ist.

Hierzu zählen nicht Personen, die im Rahmen der Berufsausbildung oder der Erwachsenenqualifizierung auf Teilgebieten eines Ausbildungsberufes entsprechend der Systematik der Ausbildungsberufe im Beitrittsgebiet ausgebildet worden sind.

Qualifikationsgruppe 5

Angelernte und ungelernete Tätigkeiten

1. Personen, die in der Berufsausbildung oder im Rahmen der Erwachsenenqualifizierung eine Ausbildung auf Teilgebieten eines Ausbildungsberufes abgeschlossen haben und im Besitz eines entsprechenden Zeugnisses sind.
2. Personen, die in einer produktionstechnischen oder anderen speziellen Schulung für eine bestimmte Tätigkeit angelernt worden sind.
3. Personen ohne Ausbildung oder spezielle Schulung für die ausgeübte Tätigkeit.

8.4 Tabellen (für Zeiten ab 1950)

Bereich: Energie- und Brennstoffindustrie

Tabelle 1

Jahr	Qualifikationsgruppe				
	1	2	3	4	5
1950	5 371	4 139	4 377	3 218	2 622
1951	5 995	4 746	4 976	3 675	3 005
1952	6 404**	5 178	5 386	3 995	3 278
1953	6 745	5 550	5 728	4 267	3 513
1954	7 028	5 866	6 011	4 495	3 712
1955	7 500*	6 406	6 518	4 892	4 052
1956	7 500*	6 709	6 782	5 108	4 243
1957	7 500*	6 872	6 902	5 216	4 343
1958	7 500*	7 193	7 180	5 443	4 543
1959	8 000*	7 465	7 408	5 632	4 712
1960	8 500*	8 163	8 056	6 142	5 150
1961	9 000*	8 966	8 800	6 727	5 651
1962	9 500*	9 500*	9 500*	7 281	6 128
1963	10 000*	10 000*	10 000*	7 773	6 553
1964	11 000*	11 000*	11 000*	8 469	7 150
1965	12 000*	12 000*	11 826	9 123	7 712
1966	13 000*	13 000*	12 494	9 657	8 173
1967	14 000*	13 227	12 623	9 776	8 282
1968	15 484	14 009	13 315	10 331	8 758
1969	16 593	15 046	14 244	11 071	9 392
1970	18 000*	16 850	15 892	12 372	10 499
1971	19 000*	18 516	17 400	13 567	11 516
1972	21 000*	20 379	19 082	14 902	12 649
1973	23 000*	22 866	21 338	16 688	14 161
1974	25 000*	25 000*	23 576	18 463	15 661
1975	28 000*	27 149	24 314	19 244	16 560
1976	31 000*	29 544	26 820	21 008	17 732
1977	34 000*	32 063	29 439	22 876	18 959
1978	35 781	32 839	30 225	23 890	20 255
1979	36 981	34 055	31 412	25 166	22 029
1980	40 926	37 726	34 514	27 479	23 435
1981	43 557	40 222	36 538	28 911	24 049
1982	44 903	41 417	37 598	29 631	24 572
1983	46 165	42 545	38 570	30 305	25 066
1984	46 455	42 785	39 320	30 926	25 773
1985	46 723	43 018	40 297	31 387	26 847
1986	47 542	43 602	41 121	32 148	26 900
1987	49 929	45 662	43 249	34 009	27 929
1988	51 441	46 954	44 762	35 088	28 958
1989	52 290	47 678	45 704	35 757	29 662
1 Halbj 1990	26 612	24 265	23 261	18 199	15 097
2 Halbj 1990	30 833	28 113	26 949	21 084	17 491
1991	65 305	59 544	57 078	44 656	37 046
1992	68 831	62 759	60 160	47 067	39 046
1993	70 827	64 579	61 905	48 432	40 178
1994	72 244	65 871	63 143	49 401	40 982
1995	74 484	67 913	65 100	50 932	42 252
1996	75 974	69 271	66 402	51 951	43 097
1997	76 658	69 894	67 000	52 419	43 485
1998	77 808	70 942	68 005	53 205	44 137
1999	78 664	71 722	68 753	53 790	44 623

* reduziert wegen der Beitragsbemessungsgrenze

** für die Zeit von Januar bis August ist wegen der Beitragsbemessungsgrenze noch eine Reduzierung erforderlich

Bereich: Chemische Industrie

Tabelle 2

Jahr	Qualifikationsgruppe				
	1	2	3	4	5
1950	4 993	3 848	4 070	2 992	2 437
1951	5 574	4 412	4 627	3 417	2 794
1952	5 954	4 814	5 008	3 715	3 048
1953	6 272	5 160	5 326	3 967	3 266
1954	6 535	5 454	5 589	4 180	3 452
1955	7 046	5 952	6 056	4 546	3 765
1956	7 311	6 241	6 308	4 751	3 946
1957	7 430	6 398	6 426	4 856	4 044
1958	7 500*	6 703	6 691	5 072	4 234
1959	7 971	6 963	6 910	5 253	4 396
1960	8 500*	7 596	7 496	5 715	4 792
1961	9 000*	8 242	8 090	6 184	5 195
1962	9 500*	8 986	8 774	6 724	5 659
1963	10 000*	9 603	9 331	7 167	6 042
1964	11 000*	10 587	10 238	7 881	6 654
1965	12 000*	11 507	11 078	8 546	7 224
1966	13 000*	12 229	11 720	9 060	7 667
1967	13 723	12 385	11 819	9 154	7 754
1968	14 458	13 080	12 432	9 646	8 178
1969	15 538	14 089	13 338	10 367	8 794
1970	17 476	15 879	14 976	11 659	9 894
1971	19 000*	17 495	16 440	12 819	10 881
1972	20 796	18 963	17 756	13 866	11 770
1973	23 000*	21 285	19 863	15 534	13 182
1974	25 000*	23 648	21 994	17 225	14 611
1975	28 000*	25 568	22 898	18 124	15 596
1976	30 050	27 296	24 780	19 410	16 382
1977	32 282	29 562	27 143	21 092	17 481
1978	33 148	30 423	28 001	22 132	18 764
1979	34 345	31 627	29 173	23 373	20 459
1980	37 178	34 271	31 354	24 962	21 289
1981	39 004	36 018	32 719	25 889	21 535
1982	40 315	37 185	33 756	26 604	22 062
1983	41 639	38 374	34 789	27 334	22 609
1984	42 016	38 697	35 563	27 971	23 310
1985	42 427	39 063	36 592	28 501	24 379
1986	43 371	39 777	37 514	29 328	24 541
1987	44 970	41 127	38 954	30 631	25 156
1988	46 006	41 993	40 033	31 381	25 898
1989	47 312	43 139	41 353	32 353	26 839
1 Halbj 1990	24 410	22 257	21 335	16 693	13 847
2 Halbj 1990	27 059	24 637	23 651	18 504	15 350
1991	57 311	52 258	50 093	39 192	32 511
1992	60 406	55 080	52 798	41 308	34 267
1993	62 158	56 677	54 329	42 506	35 261
1994	63 401	57 811	55 416	43 356	35 966
1995	65 366	59 603	57 134	44 700	37 081
1996	66 673	60 795	58 277	45 594	37 823
1997	67 273	61 342	58 801	46 004	38 163
1998	68 282	62 262	59 683	46 694	38 735
1999	69 033	62 947	60 340	47 208	39 161

* reduziert wegen der Beitragsbemessungsgrenze

Bereich: Metallurgie

Tabelle 3

Jahr	Qualifikationsgruppe				
	1	2	3	4	5
1950	5 963	4 596	4 861	3 573	2 911
1951	6 000*	5 272	5 528	4 083	3 338
1952	7 117**	5 755	5 986	4 440	3 644
1953	7 500	6 171	6 369	4 745	3 906
1954	7 500*	6 526	6 687	5 001	4 130
1955	7 500*	7 122	7 247	5 440	4 505
1956	7 500*	7 388	7 467	5 625	4 672
1957	7 500*	7 494	7 500*	5 688	4 736
1958	7 500*	7 500*	7 500*	5 878	4 907
1959	8 000*	7 984	7 923	6 023	5 040
1960	8 500*	8 500*	8 498	6 478	5 432
1961	9 000*	9 000*	9 000*	7 010	5 889
1962	9 500*	9 500*	9 500*	7 547	6 352
1963	10 000*	10 000*	10 000*	7 997	6 742
1964	11 000*	11 000*	11 000*	8 805	7 434
1965	12 000*	12 000*	12 000*	9 464	8 000
1966	13 000*	13 000*	12 890	9 964	8 433
1967	14 000*	13 576	12 956	10 034	8 500
1968	15 787	14 283	13 575	10 533	8 930
1969	16 986	15 402	14 581	11 333	9 614
1970	18 000*	17 190	16 212	12 622	10 711
1971	19 000*	18 909	17 769	13 855	11 760
1972	21 000*	20 656	19 342	15 105	12 821
1973	23 000*	23 000*	21 480	16 799	14 256
1974	25 000*	25 000*	23 607	18 487	15 682
1975	28 000*	27 355	24 498	19 390	16 686
1976	31 000*	29 223	26 529	20 780	17 539
1977	34 000*	31 364	28 798	22 377	18 546
1978	35 422	32 509	29 921	23 650	20 051
1979	36 662	33 760	31 140	24 949	21 838
1980	39 861	36 744	33 616	26 764	22 826
1981	41 412	38 241	34 739	27 487	22 865
1982	42 765	39 445	35 808	28 220	23 402
1983	43 947	40 501	36 718	28 849	23 862
1984	43 989	40 514	37 233	29 284	24 405
1985	44 287	40 775	38 196	29 751	25 447
1986	45 478	41 710	39 336	30 752	25 733
1987	46 911	42 901	40 634	31 953	26 241
1988	47 761	43 594	41 560	32 578	26 886
1989	48 503	44 225	42 394	33 168	27 514
1 Halbj 1990	25 129	22 912	21 963	17 184	14 255
2 Halbj 1990	25 335	23 100	22 144	17 325	14 371
1991	53 660	48 926	46 901	36 695	30 438
1992	56 558	51 568	49 434	38 677	32 082
1993	58 198	53 063	50 868	39 799	33 012
1994	59 362	54 124	51 885	40 595	33 672
1995	61 202	55 802	53 493	41 853	34 716
1996	62 426	56 918	54 563	42 690	35 410
1997	62 988	57 430	55 054	43 074	35 725
1998	63 933	58 291	55 880	43 720	36 265
1999	64 636	58 932	56 495	44 201	36 664

* reduziert wegen der Beitragsbemessungsgrenze

Bereich: Baumaterialienindustrie

Tabelle 4

Jahr	Qualifikationsgruppe				
	1	2	3	4	5
1950	4 437	3 419	3 616	2 658	2 166
1951	4 955	3 922	4 113	3 037	2 484
1952	5 295	4 281	4 453	3 304	2 711
1953	5 580	4 591	4 739	3 530	2 906
1954	5 817	4 855	4 975	3 720	3 072
1955	6 267	5 294	5 387	4 043	3 349
1956	6 592	5 627	5 687	4 284	3 558
1957	6 791	5 848	5 873	4 438	3 696
1958	7 157	6 211	6 199	4 699	3 923
1959	7 486	6 540	6 490	4 934	4 128
1960	8 237	7 238	7 143	5 445	4 566
1961	8 957	7 912	7 766	5 936	4 987
1962	9 500*	8 596	8 394	6 432	5 414
1963	10 000*	9 233	8 971	6 891	5 809
1964	11 000*	10 079	9 747	7 503	6 335
1965	12 000*	11 029	10 617	8 190	6 924
1966	13 000*	11 774	11 284	8 722	7 382
1967	13 245	11 953	11 408	8 835	7 484
1968	14 038	12 701	12 072	9 366	7 940
1969	15 980	14 489	13 717	10 662	9 044
1970	17 236	15 660	14 770	11 499	9 758
1971	19 000*	17 390	16 341	12 742	10 816
1972	20 613	18 796	17 600	13 745	11 666
1973	23 000*	21 011	19 607	15 334	13 013
1974	25 000*	23 484	21 842	17 105	14 510
1975	28 000*	25 328	22 683	17 953	15 449
1976	29 814	27 082	24 585	19 257	16 254
1977	31 398	28 753	26 401	20 515	17 003
1978	32 071	29 434	27 091	21 413	18 155
1979	33 187	30 561	28 189	22 585	19 769
1980	35 943	33 133	30 312	24 133	20 582
1981	37 691	34 805	31 618	25 017	20 810
1982	39 112	36 075	32 749	25 810	21 403
1983	40 236	37 081	33 617	26 413	21 847
1984	40 626	37 416	34 386	27 045	22 539
1985	40 611	37 391	35 026	27 281	23 335
1986	41 528	38 086	35 919	28 081	23 498
1987	42 642	38 998	36 937	29 046	23 853
1988	43 310	39 532	37 687	29 542	24 380
1989	44 461	40 540	38 861	30 404	25 221
1 Halbj 1990	23 515	21 442	20 554	16 081	13 340
2 Halbj 1990	26 838	24 470	23 457	18 352	15 224
1991	56 843	51 828	49 682	38 870	32 245
1992	59 913	54 627	52 365	40 969	33 986
1993	61 650	56 211	53 884	42 157	34 972
1994	62 883	57 335	54 962	43 000	35 671
1995	64 832	59 112	56 666	44 333	36 777
1996	66 129	60 294	57 799	45 220	37 513
1997	66 724	60 837	58 319	45 627	37 851
1998	67 725	61 750	59 194	46 311	38 419
1999	68 470	62 429	59 845	46 820	38 842

* reduziert wegen der Beitragsbemessungsgrenze

Bereich: Wasserwirtschaft

Tabelle 5

Jahr	Qualifikationsgruppe				
	1	2	3	4	5
1950	4 491	3 461	3 660	2 690	2 192
1951	5 014	3 969	4 162	3 074	2 513
1952	5 357	4 332	4 506	3 342	2 743
1953	5 645	4 644	4 794	3 571	2 940
1954	5 883	4 910	5 032	3 763	3 107
1955	6 336	5 353	5 446	4 088	3 386
1956	6 632	5 661	5 722	4 310	3 579
1957	6 798	5 854	5 879	4 443	3 700
1958	7 129	6 186	6 175	4 681	3 908
1959	7 420	6 482	6 433	4 891	4 092
1960	8 118	7 134	7 040	5 367	4 500
1961	8 637	7 629	7 488	5 724	4 809
1962	9 268	8 224	8 031	6 154	5 179
1963	9 807	8 738	8 491	6 522	5 498
1964	10 660	9 534	9 220	7 097	5 992
1965	11 735	10 530	10 137	7 820	6 611
1966	12 553	11 298	10 828	8 370	7 083
1967	12 585	11 358	10 839	8 395	7 111
1968	13 362	12 089	11 490	8 915	7 558
1969	14 433	13 087	12 390	9 630	8 169
1970	16 113	14 641	13 808	10 750	9 123
1971	17 895	16 290	15 308	11 936	10 132
1972	19 395	17 686	16 560	12 932	10 977
1973	22 141	20 221	18 869	14 757	12 523
1974	24 532	22 437	20 869	16 343	13 863
1975	27 086	24 400	21 852	17 295	14 883
1976	28 675	26 047	23 646	18 522	15 633
1977	29 592	27 099	24 881	19 334	16 024
1978	29 877	27 421	25 238	19 948	16 913
1979	30 591	28 170	25 984	20 818	18 222
1980	33 218	30 620	28 014	22 303	19 021
1981	35 196	32 501	29 525	23 361	19 433
1982	36 751	33 898	30 772	24 252	20 111
1983	37 611	34 662	31 424	24 690	20 422
1984	38 519	35 475	32 602	25 642	21 370
1985	38 176	35 148	32 925	25 645	21 936
1986	39 464	36 194	34 134	26 686	22 330
1987	40 702	37 223	35 256	27 724	22 768
1988	42 154	38 477	36 681	28 754	23 730
1989	43 397	39 570	37 932	29 676	24 618
1 Halbj 1990	23 236	21 187	20 309	15 890	13 181
2 Halbj 1990	25 345	23 110	22 153	17 331	14 378
1991	53 681	48 947	46 920	36 707	30 453
1992	56 580	51 590	49 454	38 689	32 097
1993	58 221	53 086	50 888	39 811	33 028
1994	59 385	54 148	51 906	40 607	33 689
1995	61 226	55 827	53 515	41 866	34 733
1996	62 451	56 944	54 585	42 703	35 428
1997	63 013	57 456	55 075	43 087	35 747
1998	63 958	58 318	55 902	43 733	36 283
1999	64 662	58 959	56 517	44 214	36 682

Bereich: Maschinen- und Fahrzeugbau

Tabelle 6

Jahr	Qualifikationsgruppe				
	1	2	3	4	5
1950	5 191	4 001	4 231	3 110	2 534
1951	5 796	4 588	4 811	3 553	2 906
1952	6 193**	5 008	5 209	3 864	3 171
1953	6 525	5 369	5 541	4 128	3 398
1954	6 801	5 676	5 816	4 350	3 592
1955	7 340	6 201	6 309	4 736	3 923
1956	7 500*	6 439	6 508	4 902	4 071
1957	7 500*	6 537	6 566	4 962	4 132
1958	7 500*	6 783	6 771	5 132	4 285
1959	7 988	6 978	6 925	5 265	4 405
1960	8 500*	7 537	7 437	5 670	4 754
1961	9 000*	8 274	8 122	6 208	5 215
1962	9 500*	9 070	8 857	6 787	5 712
1963	10 000*	9 621	9 349	7 180	6 053
1964	11 000*	10 493	10 147	7 811	6 595
1965	12 000*	11 448	11 020	8 501	7 186
1966	13 000*	12 187	11 681	9 029	7 641
1967	13 723	12 385	11 819	9 154	7 754
1968	14 458	13 080	12 432	9 646	8 178
1969	15 881	14 400	13 633	10 596	8 989
1970	17 690	16 073	15 159	11 802	10 015
1971	19 000*	17 652	16 587	12 934	10 979
1972	21 000*	19 352	18 120	14 151	12 011
1973	23 000*	21 650	20 203	15 800	13 408
1974	25 000*	23 975	22 299	17 463	14 813
1975	28 000*	25 809	23 114	18 294	15 742
1976	30 561	27 760	25 201	19 739	16 661
1977	32 242	29 526	27 110	21 065	17 459
1978	33 148	30 423	28 001	22 132	18 764
1979	34 265	31 554	29 105	23 318	20 411
1980	37 093	34 193	31 282	24 905	21 241
1981	39 179	36 180	32 866	26 005	21 632
1982	40 671	37 513	34 055	26 839	22 257
1983	42 046	38 749	35 129	27 601	22 830
1984	42 554	39 192	36 018	28 329	23 609
1985	42 914	39 511	37 012	28 828	24 659
1986	43 942	40 301	38 007	29 714	24 864
1987	45 100	41 245	39 066	30 720	25 228
1988	45 920	41 915	39 958	31 323	25 850
1989	46 844	42 712	40 944	32 033	26 573
1 Halbj 1990	23 933	21 822	20 919	16 366	13 576
2 Halbj 1990	27 354	24 942	23 909	18 705	15 517
1991	57 936	52 827	50 639	39 617	32 865
1992	61 065	55 680	53 374	41 756	34 640
1993	62 836	57 295	54 922	42 967	35 645
1994	64 093	58 441	56 020	43 826	36 358
1995	66 080	60 253	57 757	45 185	37 485
1996	67 402	61 458	58 912	46 089	38 235
1997	68 009	62 011	59 442	46 504	38 579
1998	69 029	62 941	60 334	47 202	39 158
1999	69 788	63 633	60 998	47 721	39 589

* reduziert wegen der Beitragsbemessungsgrenze

** für die Zeit von Januar bis August ist wegen der Beitragsbemessungsgrenze noch eine Reduzierung erforderlich

Bereich: Elektrotechnik / Elektronik / Gerätebau

Tabelle 7

Jahr	Qualifikationsgruppe				
	1	2	3	4	5
1950	4 814	3 710	3 924	2 884	2 350
1951	5 375	4 255	4 462	3 295	2 694
1952	5 743	4 644	4 830	3 583	2 940
1953	6 051	4 978	5 139	3 828	3 151
1954	6 307	5 264	5 394	4 034	3 331
1955	6 803	5 747	5 848	4 390	3 636
1956	6 975	5 953	6 017	4 532	3 764
1957	7 002	6 030	6 056	4 576	3 811
1958	7 192	6 241	6 230	4 722	3 942
1959	7 332	6 405	6 356	4 832	4 043
1960	7 864	6 910	6 819	5 198	4 359
1961	8 584	7 582	7 442	5 688	4 779
1962	9 344	8 292	8 097	6 204	5 222
1963	9 926	8 844	8 594	6 601	5 564
1964	10 891	9 740	9 420	7 251	6 122
1965	11 913	10 690	10 290	7 938	6 711
1966	12 714	11 443	10 967	8 477	7 174
1967	12 881	11 625	11 094	8 592	7 279
1968	13 665	12 363	11 751	9 117	7 729
1969	15 022	13 621	12 896	10 023	8 502
1970	16 781	15 248	14 381	11 196	9 501
1971	18 528	16 866	15 849	12 358	10 490
1972	20 156	13 380	17 210	13 440	11 408
1973	22 707	20 738	19 352	15 134	12 843
1974	25 000*	22 895	21 295	16 677	14 146
1975	27 429	24 709	22 129	17 515	15 071
1976	29 068	26 404	23 970	18 775	15 847
1977	30 636	28 055	25 759	20 016	16 589
1978	31 553	28 958	26 653	21 067	17 861
1979	32 868	30 267	27 918	22 367	19 578
1980	35 730	32 936	30 132	23 990	20 460
1981	37 997	35 088	31 875	25 221	20 979
1982	40 003	36 897	33 495	26 398	21 891
1983	41 277	38 040	34 487	27 096	22 412
1984	41 927	38 614	35 487	27 911	23 260
1985	42 206	38 859	36 401	28 352	24 251
1986	42 845	39 294	37 058	28 971	24 243
1987	43 806	40 062	37 945	29 838	24 505
1988	44 722	40 821	38 916	30 505	25 175
1989	45 482	41 471	39 754	31 102	25 801
1 Halbj 1990	23 276	21 222	20 344	15 916	13 203
2 Halbj 1990	26 886	24 515	23 500	18 385	15 251
1991	56 945	51 923	49 773	38 940	32 302
1992	60 020	54 727	52 461	41 043	34 046
1993	61 761	56 314	53 982	42 233	35 033
1994	62 996	57 440	55 062	43 078	35 734
1995	64 949	59 221	56 769	44 413	36 842
1996	66 248	60 405	57 904	45 301	37 579
1997	66 844	60 949	58 425	45 709	37 917
1998	67 847	61 863	59 301	46 395	38 486
1999	68 593	62 543	59 953	46 905	38 909

* reduziert wegen der Beitragsbemessungsgrenze

Bereich: Leichtindustrie (ohne Textilindustrie)

Tabelle 8

Jahr	Qualifikationsgruppe				
	1	2	3	4	5
1950	4 024	3 101	3 279	2 410	1 964
1951	4 493	3 556	3 729	2 754	2 252
1952	4 800	3 881	4 037	2 995	2 457
1953	5 058	4 161	4 295	3 199	2 634
1954	5 271	4 400	4 508	3 371	2 784
1955	5 695	4 812	4 896	3 675	3 044
1956	5 930	5 062	5 116	3 854	3 201
1957	6 047	5 207	5 229	3 952	3 291
1958	6 308	5 474	5 464	4 142	3 457
1959	6 531	5 705	5 662	4 304	3 601
1960	7 099	6 238	6 156	4 693	3 935
1961	7 675	6 779	6 654	5 086	4 273
1962	8 314	7 378	7 205	5 521	4 646
1963	8 836	7 873	7 650	5 876	4 954
1964	9 693	8 669	8 383	6 453	5 448
1965	10 468	9 393	9 043	6 976	5 897
1966	11 035	9 932	9 519	7 358	6 227
1967	11 288	10 187	9 722	7 529	6 378
1968	11 916	10 781	10 247	7 950	6 740
1969	12 666	11 485	10 873	8 451	7 169
1970	14 376	13 062	12 320	9 591	8 139
1971	15 939	14 509	13 634	10 631	9 024
1972	17 538	15 992	14 974	11 694	9 926
1973	19 677	17 971	16 770	13 115	11 130
1974	21 850	19 984	18 587	14 556	12 347
1975	24 034	21 650	19 389	15 347	13 206
1976	25 651	23 300	21 152	16 568	13 984
1977	26 982	24 709	22 687	17 629	14 611
1978	27 843	25 554	23 519	18 590	15 761
1979	28 914	26 626	24 560	19 677	17 223
1980	31 429	28 972	26 505	21 102	17 997
1981	33 226	30 682	27 872	22 054	18 345
1982	34 969	32 254	29 280	23 076	19 136
1983	36 298	33 452	30 327	23 828	19 709
1984	36 949	34 030	31 274	24 597	20 499
1985	37 246	34 292	32 123	25 020	21 401
1986	38 367	35 188	33 185	25 944	21 709
1987	39 624	36 238	34 323	26 990	22 165
1988	40 485	36 954	35 229	27 615	22 790
1989	41 610	37 940	36 370	28 454	23 604
1 Halbj 1990	20 924	19 078	18 288	14 308	11 869
2 Halbj 1990	22 406	20 430	19 585	15 322	12 711
1991	47 456	43 271	41 481	32 452	26 922
1992	50 019	45 608	43 721	34 204	28 376
1993	51 470	46 931	44 989	35 196	29 199
1994	52 499	47 870	45 889	35 900	29 783
1995	54 126	49 354	47 312	37 013	30 706
1996	55 209	50 341	48 258	37 753	31 320
1997	55 706	50 794	48 692	38 093	31 602
1998	56 542	51 556	49 422	38 664	32 076
1999	57 164	52 123	49 966	39 089	32 429

Bereich: Textilindustrie

Tabelle 9

Jahr	Qualifikationsgruppe				
	1	2	3	4	5
1950	3 539	2 727	2 884	2 120	1 727
1951	3 951	3 128	3 280	2 422	1 981
1952	4 221	3 413	3 551	2 634	2 161
1953	4 448	3 660	3 777	2 814	2 317
1954	4 636	3 869	3 965	2 965	2 449
1955	4 986	4 212	4 286	3 217	2 664
1956	5 246	4 478	4 526	3 409	2 831
1957	5 406	4 655	4 675	3 533	2 942
1958	5 699	4 945	4 936	3 742	3 124
1959	5 963	5 209	5 169	3 930	3 288
1960	6 573	5 776	5 699	4 345	3 643
1961	7 123	6 292	6 176	4 721	3 966
1962	7 761	6 887	6 725	5 153	4 337
1963	8 321	7 414	7 204	5 533	4 665
1964	9 041	8 086	7 819	6 019	5 082
1965	9 779	8 775	8 447	6 517	5 509
1966	10 369	9 332	8 944	6 914	5 851
1967	10 537	9 509	9 075	7 029	5 954
1968	11 124	10 063	9 565	7 421	6 292
1969	12 200	11 062	10 472	8 140	6 905
1970	13 441	12 213	11 518	8 967	7 610
1971	14 961	13 619	12 797	9 979	8 470
1972	16 442	14 993	14 039	10 963	9 306
1973	18 545	16 937	15 805	12 360	10 489
1974	20 634	18 872	17 533	13 746	11 660
1975	22 699	20 448	18 312	14 494	12 472
1976	24 237	22 015	19 986	15 654	13 213
1977	25 898	23 716	21 775	16 921	14 024
1978	26 806	24 602	22 643	17 897	15 174
1979	27 756	25 559	23 576	18 888	16 533
1980	30 152	27 794	25 428	20 244	17 266
1981	32 175	29 712	26 991	21 356	17 765
1982	33 588	30 980	28 124	22 165	18 381
1983	34 804	32 075	29 079	22 848	18 898
1984	35 335	32 543	29 908	23 523	19 603
1985	35 651	32 824	30 748	23 949	20 485
1986	37 226	34 141	32 198	25 172	21 063
1987	38 805	35 488	33 613	26 432	21 707
1988	40 357	36 836	35 117	27 528	22 718
1989	41 610	37 940	36 370	28 454	23 604
1 Halbj 1990	20 782	18 949	18 166	14 212	11 789
2 Halbj 1990	22 546	20 557	19 706	15 417	12 790
1991	47 753	43 540	41 737	32 653	27 089
1992	50 332	45 891	43 991	34 416	28 552
1993	51 792	47 222	45 267	35 414	29 380
1994	52 828	48 166	46 172	36 122	29 968
1995	54 466	49 659	47 603	37 242	30 897
1996	55 555	50 652	48 555	37 987	31 515
1997	56 055	51 108	48 992	38 329	31 799
1998	56 896	51 875	49 727	38 904	32 276
1999	57 522	52 446	50 274	39 332	32 631

Bereich: Lebensmittelindustrie

Tabelle 10

Jahr	Qualifikationsgruppe				
	1	2	3	4	5
1950	4 095	3 156	3 338	2 454	1 999
1951	4 573	3 620	3 796	2 803	2 292
1952	4 886	3 951	4 109	3 048	2 501
1953	5 148	4 235	4 372	3 257	2 681
1954	5 365	4 478	4 589	3 432	2 834
1955	5 782	4 885	4 970	3 731	3 090
1956	6 053	5 167	5 222	3 934	3 267
1957	6 206	5 344	5 367	4 056	3 378
1958	6 510	5 649	5 639	4 274	3 568
1959	6 777	5 920	5 875	4 466	3 737
1960	7 405	6 507	6 421	4 895	4 105
1961	7 960	7 031	6 901	5 275	4 432
1962	8 620	7 649	7 469	5 723	4 817
1963	9 114	8 121	7 891	6 060	5 109
1964	9 987	8 932	8 638	6 649	5 614
1965	10 824	9 712	9 350	7 213	6 097
1966	11 587	10 429	9 995	7 726	6 539
1967	11 925	10 762	10 721	7 955	6 738
1968	12 523	11 329	10 768	8 355	7 083
1969	13 550	12 286	11 631	9 040	7 669
1970	15 232	13 839	13 052	10 162	8 623
1971	16 946	15 426	14 496	11 303	9 594
1972	18 634	16 992	15 910	12 425	10 546
1973	20 842	19 035	17 763	13 892	11 789
1974	23 209	21 227	19 743	15 462	13 115
1975	25 827	23 266	20 836	16 491	14 191
1976	27 418	24 905	22 610	17 710	14 948
1977	28 989	26 547	24 375	18 941	15 698
1978	29 638	27 201	25 036	19 788	16 777
1979	30 631	28 207	26 018	20 845	18 246
1980	33 218	30 620	28 014	22 303	19 021
1981	34 889	32 218	29 267	23 158	19 263
1982	36 395	33 569	30 474	24 017	19 916
1983	37 837	34 870	31 613	24 838	20 544
1984	38 429	35 393	32 527	25 582	21 320
1985	38 574	35 515	33 269	25 913	22 165
1986	39 464	36 194	34 134	26 686	22 330
1987	40 357	36 908	34 957	27 489	22 575
1988	41 298	37 696	35 936	28 170	23 248
1989	42 674	38 910	37 299	29 182	24 208
1 Halbj 1990	22 128	20 175	19 340	15 131	12 552
2 Halbj 1990	23 889	21 782	20 880	16 335	13 551
1991	50 597	46 134	44 224	34 598	28 701
1992	53 329	48 625	46 612	36 466	30 251
1993	54 876	50 035	47 964	37 524	31 128
1994	55 974	51 036	48 923	38 274	31 751
1995	57 709	52 618	50 440	39 460	32 735
1996	58 863	53 670	51 449	40 249	33 390
1997	59 393	54 153	51 912	40 611	33 691
1998	60 284	54 965	52 691	41 220	34 196
1999	60 947	55 570	53 271	41 673	34 572

Bereich: Bauwirtschaft

Tabelle 11

Jahr	Qualifikationsgruppe				
	1	2	3	4	5
1950	4 347	3 350	3 543	2 604	2 122
1951	4 797	3 797	3 982	2 941	2 405
1952	5 066	4 096	4 261	3 161	2 594
1953	5 276	4 341	4 481	3 338	2 748
1954	5 435	4 537	4 648	3 476	2 871
1955	5 765	4 870	4 955	3 719	3 081
1956	6 210	5 301	5 358	4 035	3 352
1957	6 552	5 642	5 666	4 282	3 566
1958	7 071	6 136	6 125	4 643	3 876
1959	7 575	6 617	6 567	4 992	4 177
1960	8 475	7 447	7 349	5 603	4 698
1961	9 000*	8 180	8 029	6 137	5 156
1962	9 500*	8 884	8 675	6 648	5 595
1963	10 000*	9 374	9 108	6 996	5 898
1964	11 000*	10 267	9 929	7 643	6 453
1965	12 000*	11 348	10 924	8 427	7 124
1966	13 000*	12 250	11 740	9 075	7 680
1967	13 882	12 528	11 957	9 260	7 844
1968	14 901	13 481	12 813	9 942	8 428
1969	16 348	14 823	14 034	10 907	9 253
1970	18 000*	16 777	15 823	12 319	10 454
1971	19 000*	18 202	17 104	13 337	11 321
1972	21 000*	19 879	18 614	14 536	12 339
1973	23 000*	22 197	20 714	16 199	13 747
1974	25 000*	24 531	22 816	17 868	15 156
1975	28 000*	26 530	23 760	18 806	16 182
1976	31 000*	28 438	25 816	20 221	17 068
1977	32 804	30 040	27 582	21 433	17 764
1978	33 348	30 606	28 169	22 265	18 877
1979	34 026	31 333	28 902	23 155	20 268
1980	36 497	33 643	30 779	24 505	20 899
1981	38 435	35 493	32 242	25 511	21 221
1982	39 736	36 651	33 271	26 221	21 745
1983	41 141	37 915	34 373	27 007	22 338
1984	41 568	38 284	35 183	27 672	23 061
1985	42 206	38 859	36 401	28 352	24 251
1986	43 196	39 616	37 362	29 209	24 441
1987	44 194	40 417	38 281	30 103	24 722
1988	44 936	41 016	39 102	30 651	25 296
1989	45 695	41 665	39 940	31 247	25 921
1. Halbj. 1990	23 248	21 197	20 320	15 897	13 187
2. Halbj. 1990	28 102	25 623	24 563	19 217	15 941
1991	59 520	54 270	52 025	40 702	33 763
1992	62 734	57 201	54 834	42 900	35 586
1993	64 553	58 860	56 424	44 144	36 618
1994	65 844	60 037	57 552	45 027	37 350
1995	67 885	61 898	59 336	46 423	38 508
1996	69 243	63 136	60 523	47 351	39 278
1997	69 866	63 704	61 068	47 777	39 632
1998	70 914	64 660	61 984	48 494	40 226
1999	71 694	65 371	62 666	49 027	40 668

* reduziert wegen der Beitragsbemessungsgrenze

Bereich: Sonstige produzierende Bereiche

Tabelle 12

Jahr	Qualifikationsgruppe				
	1	2	3	4	5
1950	6 000*	4 545	4 844	3 388	2 639
1951	6 000*	5 026	5 303	3 737	2 931
1952	6 690**	5 277	5 517	3 914	3 087
1953	6 752	5 434	5 631	4 019	3 187
1954	6 749	5 520	5 673	4 071	3 244
1955	6 970	5 781	5 894	4 251	3 402
1956	7 332	6 153	6 227	4 512	3 625
1957	7 500*	6 400	6 431	4 680	3 774
1958	7 000*	6 812	6 799	4 967	4 019
1959	8 000*	7 171	7 111	5 215	4 233
1960	8 500*	7 939	7 823	5 757	4 687
1961	9 000*	8 618	8 442	6 233	5 088
1962	9 500*	9 370	9 126	6 759	5 531
1963	10 000*	9 954	9 642	7 162	5 873
1964	11 000*	10 831	10 437	7 774	6 388
1965	12 000*	11 734	11 250	8 402	6 916
1966	13 000*	12 448	11 878	8 893	7 331
1967	14 000*	12 628	11 994	9 001	7 430
1968	14 808	13 270	12 547	9 437	7 798
1969	15 910	14 294	13 457	10 143	8 389
1970	17 697	15 936	14 941	11 284	9 338
1971	19 000*	17 667	16 497	12 483	10 335
1972	21 000*	19 170	17 832	13 518	11 193
1973	23 000*	21 349	19 785	15 025	12 439
1974	25 000*	23 516	21 715	16 518	13 670
1975	28 000*	25 240	22 329	17 125	14 369
1976	29 570	26 611	23 907	18 137	14 884
1977	30 954	28 109	25 579	19 249	15 472
1978	31 667	28 846	26 340	20 266	16 781
1979	32 982	30 174	27 639	21 647	17 712
1980	35 580	32 575	29 560	22 956	18 908
1981	37 108	34 021	30 610	23 548	19 499
1982	38 550	35 297	31 734	24 300	20 226
1983	39 844	36 448	32 720	24 966	20 917
1984	40 299	36 870	33 633	25 790	21 579
1985	40 565	37 127	34 602	26 333	22 121
1986	41 643	37 958	35 637	27 244	22 336
1987	42 525	38 649	36 457	28 063	22 540
1988	43 125	39 112	37 152	28 500	23 018
1989	44 281	40 116	38 333	29 349	23 845
1. Halbj. 1990	22 856	20 706	19 785	15 149	12 308
2. Halbj. 1990	22 490	20 375	19 470	14 907	12 111
1991	47 634	43 154	41 238	31 573	25 651
1992	50 206	45 484	43 465	33 278	27 036
1993	51 662	46 803	44 725	34 243	27 820
1994	52 695	47 739	45 620	34 928	28 376
1995	54 329	49 219	47 034	36 011	29 256
1996	55 416	50 203	47 975	36 731	29 841
1997	55 915	50 655	48 407	37 062	30 110
1998	56 754	51 415	49 133	37 618	30 562
1999	57 378	51 981	49 673	38 032	30 898

* reduziert wegen der Beitragsbemessungsgrenze

** für die Zeit von Januar bis August ist wegen der Beitragsbemessungsgrenze noch eine Reduzierung erforderlich

Bereich: Produzierendes Handwerk

Tabelle 13

Jahr	Qualifikationsgruppe				
	1	2	3	4	5
1950	2 820	2 173	2 299	1 689	1 377
1951	3 081	2 439	2 557	1 889	1 544
1952	3 220	2 604	2 709	2 009	1 649
1953	3 320	2 731	2 819	2 100	1 729
1954	3 385	2 826	2 895	2 165	1 788
1955	3 566	3 013	3 065	2 301	1 906
1956	3 873	3 306	3 341	2 517	2 090
1957	4 119	3 547	3 562	2 692	2 242
1958	4 481	3 889	3 882	2 942	2 456
1959	4 839	4 227	4 195	3 189	2 669
1960	5 486	4 820	4 757	3 627	3 041
1961	6 215	5 490	5 389	4 119	3 460
1962	6 980	6 194	6 048	4 634	3 900
1963	7 370	6 567	6 381	4 901	4 132
1964	7 906	7 070	6 837	5 263	4 444
1965	8 624	7 738	7 449	5 746	4 858
1966	9 541	8 587	8 230	6 362	5 384
1967	9 922	8 955	8 546	6 619	5 607
1968	10 727	9 705	9 224	7 157	6 067
1969	11 267	10 216	9 672	7 517	6 377
1970	12 746	11 581	10 923	8 504	7 216
1971	14 213	12 938	12 158	9 480	8 047
1972	15 589	14 215	13 311	10 395	8 823
1973	17 446	15 933	14 869	11 628	9 868
1974	19 240	17 597	16 366	12 817	10 872
1975	20 944	18 867	16 897	13 373	11 508
1976	22 194	20 160	18 301	14 335	12 099
1977	23 609	21 620	19 851	15 425	12 785
1978	24 253	22 259	20 487	16 193	13 729
1979	24 761	22 801	21 032	16 850	14 749
1980	27 043	24 928	22 806	18 157	15 485
1981	28 323	26 155	23 759	18 799	15 638
1982	29 713	27 406	24 879	19 607	16 260
1983	30 776	28 363	25 714	20 203	16 711
1984	31 523	29 033	26 682	20 985	17 489
1985	31 842	29 318	27 463	21 391	18 297
1986	32 485	29 793	28 097	21 966	18 381
1987	33 070	30 244	28 646	22 526	18 499
1988	34 194	31 211	29 755	23 324	19 249
1989	35 867	32 703	31 349	24 527	20 346
1. Halbj. 1990	18 821	17 160	16 450	12 870	10 676
2. Halbj. 1990	17 816	16 245	15 572	12 183	10 107
1991	37 734	34 407	32 982	25 804	21 407
1992	39 772	36 265	34 763	27 197	22 563
1993	40 925	37 317	35 771	27 986	23 217
1994	41 744	38 063	36 486	28 546	23 681
1995	43 038	39 243	37 617	29 431	24 415
1996	43 899	40 028	38 369	30 020	24 903
1997	44 294	40 388	38 714	30 290	25 127
1998	44 958	40 994	39 295	30 744	25 504
1999	45 453	41 445	39 727	31 082	25 785

Bereich: Land- und Forstwirtschaft

Tabelle 14

Jahr	Qualifikationsgruppe				
	1	2	3	4	5
1950	2 793	2 159	2 281	1 684	1 377
1951	3 158	2 506	2 626	1 948	1 598
1952	3 416	2 769	2 879	2 144	1 766
1953	3 644	3 005	3 100	2 319	1 916
1954	3 845	3 216	3 294	2 474	2 050
1955	4 199	3 554	3 616	2 725	2 264
1956	4 605	3 938	3 979	3 009	2 508
1957	4 946	4 266	4 284	3 250	2 716
1958	5 434	4 723	4 714	3 588	3 005
1959	5 926	5 184	5 145	3 927	3 296
1960	6 782	5 968	5 890	4 508	3 792
1961	7 490	6 625	6 504	4 991	4 206
1962	8 172	7 261	7 092	5 455	4 604
1963	8 567	7 643	7 429	5 726	4 841
1964	9 131	8 176	7 910	6 110	5 172
1965	10 345	9 293	8 950	6 927	5 871
1966	11 383	10 257	9 836	7 629	6 475
1967	11 806	10 668	10 187	7 919	6 728
1968	12 815	11 608	11 041	8 600	7 314
1969	14 195	12 888	12 211	9 530	8 112
1970	16 202	14 741	13 916	10 883	9 269
1971	18 243	16 635	15 651	12 274	10 467
1972	19 920	18 187	17 045	13 366	11 383
1973	22 420	20 495	19 139	15 014	12 774
1974	25 000*	23 031	21 431	16 813	14 282
1975	27 664	24 933	22 342	17 708	15 255
1976	29 336	26 654	24 203	18 973	16 025
1977	30 791	28 194	25 883	20 102	16 653
1978	31 392	28 810	26 517	20 959	17 769
1979	32 278	29 728	27 424	21 982	19 247
1980	35 005	32 264	29 514	23 488	20 026
1981	36 745	33 923	30 806	24 351	20 237
1982	37 973	35 019	31 784	25 034	20 748
1983	39 601	36 496	33 086	25 996	21 502
1984	39 834	36 695	33 731	26 552	22 146
1985	39 944	36 794	34 480	26 905	23 045
1986	40 556	37 213	35 107	27 493	23 040
1987	41 222	37 717	35 736	28 148	23 155
1988	42 192	38 534	36 747	28 859	23 861
1989	43 738	39 903	38 262	29 990	24 922
1. Halbj. 1990	21 340	19 469	18 668	14 633	12 160
2. Halbj. 1990	21 574	19 683	18 873	14 793	12 293
1991	45 694	41 689	39 973	31 332	26 037
1992	48 161	43 940	42 132	33 024	27 443
1993	49 558	45 214	43 354	33 982	28 239
1994	50 549	46 118	44 221	34 662	28 804
1995	52 116	47 548	45 592	35 737	29 697
1996	53 158	48 499	46 504	36 452	30 291
1997	53 636	48 935	46 923	36 780	30 564
1998	54 441	49 669	47 627	37 332	31 022
1999	55 040	50 215	48 151	37 743	31 363

* reduziert wegen der Beitragsbemessungsgrenze

Bereich: Verkehr

Tabelle 15

Jahr	Qualifikationsgruppe				
	1	2	3	4	5
1950	5 000	3 888	4 103	3 056	2 518
1951	5 545	4 425	4 632	3 465	2 864
1952	5 884	4 792	4 977	3 739	3 101
1953	6 155	5 098	5 256	3 964	3 297
1954	6 370	5 349	5 476	4 145	3 458
1955	6 825	5 799	5 897	4 479	3 746
1956	7 180	6 161	6 225	4 744	3 978
1957	7 396	6 401	6 427	4 913	4 130
1958	7 500*	6 795	6 784	5 201	4 381
1959	8 000*	7 154	7 101	5 459	4 609
1960	8 500*	7 918	7 818	6 026	5 097
1961	9 000*	8 894	8 736	6 749	5 719
1962	9 500*	9 500*	9 345	7 237	6 142
1963	10 000*	10 000*	9 821	7 621	6 478
1964	11 000*	11 000*	10 709	8 327	7 086
1965	12 000*	11 972	11 540	8 990	7 659
1966	13 000*	12 907	12 387	9 668	8 245
1967	14 000*	13 158	12 576	9 831	8 390
1968	15 434	14 002	13 329	10 435	8 910
1969	16 741	15 221	14 434	11 317	9 667
1970	18 000*	17 243	16 292	12 798	10 938
1971	19 000*	19 000*	18 214	14 338	12 264
1972	21 000*	21 000*	19 774	15 582	13 323
1973	23 000*	23 000*	22 446	17 697	15 117
1974	25 000*	25 000*	24 550	19 358	16 513
1975	28 000*	28 000*	25 711	20 468	17 692
1976	31 000*	30 298	27 555	21 700	18 400
1977	34 000*	32 355	29 752	23 241	19 357
1978	36 206	33 277	30 674	24 368	20 749
1979	37 834	34 892	32 235	25 956	22 801
1980	40 365	37 261	34 146	27 323	23 402
1981	42 411	39 207	35 668	28 339	23 668
1982	43 844	40 482	36 800	29 118	24 239
1983	45 303	41 800	37 954	29 956	24 887
1984	45 724	42 164	38 803	30 659	25 661
1985	46 451	42 823	40 159	31 435	26 989
1986	48 009	44 088	41 618	32 686	27 463
1987	50 234	46 004	43 611	34 451	28 424
1988	50 657	46 300	44 172	34 780	28 828
1989	51 518	47 033	45 114	35 443	29 517
1. Halbj. 1990	26 681	24 359	23 364	18 355	15 287
2. Halbj. 1990	28 100	25 654	24 607	19 332	16 100
1991	59 516	54 335	52 118	40 945	34 100
1992	62 730	57 269	54 932	43 156	35 941
1993	64 549	58 930	56 525	44 408	36 983
1994	65 840	60 109	57 656	45 296	37 723
1995	67 881	61 972	59 443	46 700	38 892
1996	69 239	63 211	60 632	47 634	39 670
1997	69 862	63 780	61 178	48 063	40 027
1998	70 910	64 737	62 096	48 784	40 627
1999	71 690	65 449	62 779	49 321	41 074

* reduziert wegen der Beitragsbemessungsgrenze

Bereich: Post- und Fernmeldewesen

Tabelle 16

Jahr	Qualifikationsgruppe				
	1	2	3	4	5
1950	4 519	3 514	3 708	2 762	2 275
1951	4 796	3 827	4 006	2 997	2 477
1952	4 869	3 966	4 119	3 095	2 566
1953	4 875	4 038	4 163	3 140	2 611
1954	4 828	4 055	4 151	3 142	2 621
1955	4 949	4 205	4 276	3 248	2 717
1956	5 241	4 497	4 544	3 463	2 904
1957	5 435	4 703	4 723	3 610	3 035
1958	5 766	5 027	5 018	3 847	3 241
1959	6 071	5 327	5 288	4 065	3 432
1960	6 765	5 970	5 894	4 543	3 843
1961	8 743	7 754	7 616	5 884	4 986
1962	9 418	8 389	8 199	6 349	5 388
1963	10 000*	9 002	8 756	6 794	5 775
1964	10 895	9 778	9 467	7 361	6 264
1965	11 559	10 406	10 030	7 814	6 657
1966	12 189	11 005	10 562	8 243	7 030
1967	12 313	11 145	10 652	8 327	7 106
1968	12 821	11 632	11 073	8 669	7 402
1969	13 892	12 631	11 978	9 391	8 022
1970	15 438	14 065	13 289	10 439	8 922
1971	17 840	16 286	15 335	12 072	10 326
1972	19 479	17 810	16 711	13 169	11 259
1973	21 751	19 912	18 617	14 678	12 538
1974	24 515	22 466	20 932	16 505	14 079
1975	26 180	23 630	21 211	16 886	14 595
1976	27 631	25 139	22 863	18 005	15 267
1977	28 959	26 557	24 421	19 077	15 888
1978	29 475	27 091	24 972	19 838	16 892
1979	30 275	27 921	25 795	20 770	18 246
1980	33 045	30 504	27 954	22 368	19 158
1981	34 958	32 317	29 400	23 359	19 508
1982	35 815	33 069	30 061	23 785	19 800
1983	37 775	34 855	31 648	24 979	20 752
1984	39 127	36 081	33 204	26 236	21 958
1985	40 066	36 937	34 638	27 114	23 279
1986	40 394	37 094	35 016	27 501	23 107
1987	41 001	37 548	35 596	28 119	23 200
1988	42 496	38 841	37 056	29 177	24 184
1989	43 068	39 319	37 715	29 629	24 675
1. Halbj. 1990	23 690	21 628	20 745	16 297	13 573
2. Halbj. 1990	24 566	22 427	21 512	16 901	14 074
1991	52 031	47 501	45 563	35 796	29 809
1992	54 841	50 066	48 023	37 729	31 419
1993	56 431	51 518	49 416	38 823	32 330
1994	57 560	52 548	50 404	39 599	32 977
1995	59 344	54 177	51 967	40 827	33 999
1996	60 531	55 261	53 006	41 644	34 679
1997	61 076	55 758	53 483	42 019	34 991
1998	61 992	56 594	54 285	42 649	35 516
1999	62 674	57 217	54 882	43 118	35 907

* reduziert wegen der Beitragsbemessungsgrenze

Bereich: Handel

Tabelle 17

Jahr	Qualifikationsgruppe				
	1	2	3	4	5
1950	4 275	3 315	3 501	2 597	2 132
1951	4 606	3 667	3 840	2 862	2 359
1952	4 748	3 860	4 010	3 003	2 483
1953	4 826	3 991	4 116	3 095	2 568
1954	4 853	4 070	4 167	3 146	2 619
1955	5 042	4 279	4 352	3 298	2 754
1956	5 375	4 608	4 656	3 541	2 965
1957	5 611	4 853	4 873	3 719	3 121
1958	5 993	5 222	5 213	3 991	3 358
1959	6 352	5 571	5 530	4 246	3 582
1960	7 079	6 244	6 165	4 747	4 013
1961	7 684	6 813	6 691	5 167	4 377
1962	8 352	7 439	7 270	5 628	4 776
1963	8 764	7 838	7 623	5 917	5 029
1964	9 437	8 471	8 201	6 380	5 432
1965	10 227	9 209	8 877	6 920	5 898
1966	10 816	9 767	9 375	7 322	6 248
1967	11 316	10 246	9 794	7 663	6 545
1968	12 070	10 954	10 430	8 174	6 985
1969	13 120	11 935	11 320	8 889	7 602
1970	14 736	13 432	12 695	9 987	8 546
1971	16 430	14 997	14 121	11 112	9 502
1972	17 798	16 263	15 252	11 994	10 239
1973	20 115	18 423	17 232	13 609	11 640
1974	22 233	20 392	19 013	15 035	12 855
1975	24 507	22 142	19 899	15 889	13 765
1976	25 904	23 593	21 481	16 974	14 434
1977	27 160	24 931	22 948	17 988	15 028
1978	27 402	25 204	23 252	18 520	15 805
1979	28 244	26 064	24 094	19 441	17 103
1980	30 550	28 215	25 873	20 740	17 791
1981	31 894	29 501	26 857	21 384	17 895
1982	33 106	30 588	27 830	22 076	18 423
1983	34 363	31 723	28 824	22 795	18 974
1984	35 081	32 367	29 805	23 598	19 789
1985	35 909	33 125	31 079	24 382	20 969
1986	36 826	33 839	31 958	25 156	21 178
1987	37 198	34 084	32 323	25 581	21 144
1988	37 761	34 532	32 955	25 993	21 582
1989	38 777	35 422	33 986	26 751	22 317
1. Halbj. 1990	20 799	18 999	18 229	14 348	11 971
2. Halbj. 1990	20 651	18 865	18 100	14 247	11 885
1991	43 739	39 956	38 336	30 175	25 173
1992	46 101	42 114	40 406	31 804	26 532
1993	47 438	43 335	41 578	32 726	27 301
1994	48 387	44 202	42 410	33 381	27 847
1995	49 887	45 572	43 725	34 416	28 710
1996	50 885	46 483	44 600	35 104	29 284
1997	51 343	46 901	45 001	35 420	29 548
1998	52 113	47 605	45 676	35 951	29 991
1999	52 686	48 129	46 178	36 346	30 321

Jahr	Qualifikationsgruppe				
	1	2	3	4	5
1950	4 635	3 521	3 737	2 687	2 148
1951	4 971	3 888	4 088	2 960	2 380
1952	5 102	4 085	4 257	3 103	2 507
1953	5 166	4 214	4 356	3 193	2 593
1954	5 168	4 282	4 392	3 236	2 639
1955	5 366	4 504	4 586	3 396	2 780
1956	5 719	4 854	4 908	3 651	3 000
1957	5 964	5 111	5 133	3 834	3 162
1958	6 271	5 417	5 407	4 055	3 355
1959	6 615	5 756	5 711	4 298	3 567
1960	7 396	6 476	6 389	4 825	4 015
1961	8 021	7 063	6 929	5 251	4 381
1962	8 677	7 675	7 489	5 686	4 749
1963	9 152	8 127	7 889	6 000	5 017
1964	9 890	8 813	8 513	6 484	5 427
1965	10 682	9 550	9 180	7 002	5 866
1966	11 351	10 177	9 737	7 437	6 234
1967	11 785	10 593	10 090	7 716	6 470
1968	12 367	11 142	10 566	8 089	6 784
1969	13 298	12 006	11 338	8 689	7 287
1970	15 024	13 591	12 781	9 805	8 221
1971	17 448	15 809	14 805	11 363	9 520
1972	18 719	16 986	15 845	12 169	10 187
1973	20 726	18 828	17 491	13 424	11 214
1974	22 914	20 837	19 282	14 796	12 337
1975	24 323	22 116	20 473	15 668	13 044
1976	24 451	22 237	20 583	15 717	13 065
1977	25 682	23 361	21 645	16 474	13 673
1978	26 234	23 869	22 115	16 777	13 905
1979	27 285	24 833	23 007	17 399	14 399
1980	28 301	25 764	23 869	17 995	14 871
1981	30 672	27 930	25 874	19 448	16 050
1982	32 514	29 615	27 434	20 560	16 974
1983	33 283	30 326	28 093	20 971	17 320
1984	33 911	30 881	28 608	21 304	17 577
1985	34 265	31 181	28 916	21 499	17 720
1986	35 036	31 750	29 680	22 193	17 816
1987	35 667	32 229	30 285	22 840	17 942
1988	36 969	33 332	31 556	23 715	18 746
1989	39 802	35 844	34 150	25 612	20 381
1. Halbj. 1990	21 302	19 184	18 276	13 707	10 908
2. Halbj. 1990	20 441	18 409	17 539	13 155	10 468
1991	43 294	38 990	37 148	27 862	22 171
1992	45 632	41 095	39 154	29 367	23 368
1993	46 955	42 287	40 289	30 219	24 046
1994	47 894	43 133	41 095	30 823	24 527
1995	49 379	44 470	42 369	31 779	25 287
1996	50 367	45 359	43 216	32 415	25 793
1997	50 820	45 767	43 605	32 707	26 025
1998	51 582	46 454	44 259	33 198	26 415
1999	52 149	46 965	44 746	33 563	26 706

Bereich: Wissenschaft, Hoch- und Fachschulwesen

Tabelle 19

Jahr	Qualifikationsgruppe				
	1	2	3	4	5
1950	5 988	4 548	4 827	3 471	2 774
1951	6 000*	5 031	5 290	3 831	3 080
1952	6 624**	5 302	5 526	4 027	3 255
1953	6 715	5 477	5 662	4 150	3 370
1954	6 733	5 578	5 722	4 216	3 438
1955	7 012	5 885	5 993	4 437	3 633
1956	7 474	6 343	6 414	4 770	3 921
1957	7 500*	6 665	6 694	5 000	4 123
1958	7 500*	7 101	7 088	5 315	4 397
1959	8 000*	7 506	7 446	5 605	4 651
1960	8 500*	8 412	8 298	6 268	5 216
1961	9 000*	9 000*	9 000*	6 870	5 731
1962	9 500*	9 500*	9 500*	7 514	6 277
1963	10 000*	10 000*	10 000*	7 959	6 655
1964	11 000*	11 000*	11 000*	8 618	7 214
1965	12 000*	12 000*	12 000*	9 290	7 782
1966	13 000*	13 000*	12 835	9 804	8 217
1967	14 000*	14 000*	13 386	10 237	8 584
1968	16 000*	14 677	13 918	10 656	8 937
1969	17 000*	15 832	14 950	11 458	9 609
1970	18 000*	17 785	16 725	12 831	10 758
1971	19 000*	19 000*	18 818	14 442	12 100
1972	21 000*	21 000*	20 312	15 599	13 059
1973	23 000*	23 000*	22 393	17 185	14 357
1974	25 000*	25 000*	24 867	19 081	15 911
1975	28 000*	28 000*	26 590	20 348	16 941
1976	31 000*	29 208	27 035	20 644	17 160
1977	33 602	30 566	28 321	21 554	17 890
1978	34 639	31 518	29 202	22 153	18 360
1979	36 058	32 818	30 405	22 993	19 029
1980	37 660	34 285	31 763	23 946	19 790
1981	40 619	36 988	34 265	25 756	21 255
1982	42 164	38 405	35 576	26 662	22 012
1983	43 642	39 765	36 837	27 499	22 711
1984	44 824	40 818	37 814	28 160	23 233
1985	45 326	41 247	38 251	28 440	23 441
1986	45 981	41 668	38 951	29 126	23 381
1987	46 815	42 302	39 751	29 979	23 550
1988	48 100	43 368	41 057	30 855	24 390
1989	50 524	45 499	43 349	32 512	25 872
1. Halbj. 1990	24 512	22 074	21 032	15 773	12 552
2. Halbj. 1990	21 863	19 688	18 757	14 069	11 195
1991	46 306	41 699	39 727	29 798	23 711
1992	48 807	43 951	41 872	31 407	24 991
1993	50 222	45 226	43 086	32 318	25 716
1994	51 226	46 131	43 948	32 964	26 230
1995	52 814	47 561	45 310	33 986	27 043
1996	53 870	48 512	46 216	34 666	27 584
1997	54 355	48 949	46 632	34 978	27 832
1998	55 170	49 683	47 331	35 503	28 249
1999	55 777	50 230	47 852	35 894	28 560

* reduziert wegen der Beitragsbemessungsgrenze

** für die Zeit von Januar bis August ist wegen der Beitragsbemessungsgrenze noch eine Reduzierung erforderlich

Bereich: Staatliche Verwaltung und gesellschaftliche Organisationen

Tabelle 20

Jahr	Qualifikationsgruppe				
	1	2	3	4	5
1950	5 248	3 972	4 219	3 018	2 401
1951	5 629	4 384	4 614	3 317	2 649
1952	5 755	4 584	4 783	3 455	2 770
1953	5 813	4 716	4 880	3 540	2 849
1954	5 802	4 780	4 907	3 574	2 886
1955	6 001	5 007	5 102	3 730	3 021
1956	6 358	5 364	5 426	3 981	3 233
1957	6 607	5 626	5 653	4 160	3 388
1958	6 926	5 946	5 934	4 381	3 577
1959	7 296	6 308	6 256	4 631	3 790
1960	8 072	7 022	6 922	5 137	4 213
1961	8 820	7 714	7 560	5 625	4 622
1962	9 500*	8 439	8 223	6 133	5 047
1963	10 000*	9 019	8 741	6 532	5 384
1964	11 000*	9 767	9 417	7 052	5 820
1965	11 904	10 585	10 155	7 618	6 295
1966	12 767	11 387	10 871	8 170	6 756
1967	13 252	11 854	11 263	8 478	7 016
1968	14 207	12 741	12 051	9 085	7 522
1969	15 568	13 993	13 178	9 948	8 239
1970	17 491	15 754	14 773	11 167	9 248
1971	19 000*	17 818	16 639	12 593	10 427
1972	21 000*	19 444	18 085	13 702	11 340
1973	23 000*	21 464	19 886	15 083	12 473
1974	25 000*	23 648	21 826	16 570	13 690
1975	27 517	24 968	23 068	17 495	14 446
1976	29 238	26 532	24 555	18 625	15 347
1977	30 949	28 091	26 016	19 734	16 229
1978	31 630	28 716	26 637	20 187	16 571
1979	32 960	29 931	27 783	21 064	17 265
1980	34 142	31 013	28 833	21 849	17 881
1981	35 161	31 949	29 723	22 511	18 398
1982	35 861	32 570	30 348	22 979	18 732
1983	37 041	33 656	31 380	23 755	19 346
1984	37 939	34 459	32 177	24 361	19 797
1985	40 702	36 956	34 588	26 166	21 220
1986	43 209	39 259	36 770	27 773	22 511
1987	43 506	39 401	37 079	28 191	22 342
1988	43 661	39 454	37 399	28 328	22 580
1989	44 328	39 997	38 144	28 804	23 082
1. Halbj. 1990	21 909	19 769	18 854	14 237	11 409
2. Halbj. 1990	19 304	17 418	16 611	12 544	10 052
1991	40 886	36 891	35 182	26 568	21 290
1992	43 094	38 883	37 082	28 003	22 440
1993	44 344	40 011	38 157	28 815	23 091
1994	45 231	40 811	38 920	29 391	23 553
1995	46 633	42 076	40 127	30 302	24 283
1996	47 566	42 918	40 930	30 908	24 769
1997	47 994	43 304	41 298	31 186	24 992
1998	48 714	43 954	41 917	31 654	25 367
1999	49 250	44 437	42 378	32 002	25 646

* reduziert wegen der Beitragsbemessungsgrenze

Bereich: Sonstige nichtproduzierende Bereiche

Tabelle 21

Jahr	Qualifikationsgruppe				
	1	2	3	4	5
1950	6 000*	4 795	5 067	3 745	3 066
1951	6 000*	5 260	5 511	4 094	3 364
1952	6 781**	5 502	5 719	4 268	3 520
1953	6 843	5 648	5 827	4 367	3 614
1954	6 820	5 710	5 848	4 402	3 654
1955	7 135	6 046	6 150	4 647	3 870
1956	7 500*	6 508	6 576	4 987	4 165
1957	7 000*	6 745	6 773	5 154	4 316
1958	7 500*	7 031	7 018	5 358	4 499
1959	8 000*	7 444	7 388	5 658	4 762
1960	8 500*	8 252	8 146	6 257	5 278
1961	9 000*	8 989	8 827	6 799	5 748
1962	9 500*	9 500*	9 500*	7 343	6 219
1963	10 000*	10 000*	9 956	7 709	6 541
1964	11 000*	11 000*	10 794	8 378	7 120
1965	12 000*	12 000*	11 661	9 072	7 721
1966	13 000*	12 936	12 413	9 679	8 248
1967	14 000*	13 241	12 653	9 881	8 425
1968	15 209	13 793	13 128	10 266	8 757
1969	16 152	14 679	13 917	10 897	9 299
1970	17 894	16 293	15 388	12 065	10 296
1971	19 000*	18 138	17 068	13 397	11 432
1972	21 000*	19 354	18 140	14 260	12 165
1973	23 000*	21 453	20 047	15 769	13 446
1974	25 000*	23 389	21 783	17 152	14 614
1975	28 000*	25 731	23 986	18 855	16 079
1976	27 807	25 490	23 771	18 668	15 934
1977	28 271	25 904	24 195	18 988	16 200
1978	28 078	25 742	24 056	18 866	16 089
1979	29 597	27 176	25 408	19 913	16 975
1980	31 343	28 795	26 935	21 095	17 976
1981	32 602	29 969	28 046	21 952	18 697
1982	33 536	30 844	28 879	22 589	19 263
1983	34 254	31 522	29 527	23 082	19 705
1984	34 409	31 682	29 691	23 195	19 824
1985	35 305	32 525	30 483	23 798	20 392
1986	35 811	32 864	31 007	24 293	20 367
1987	36 389	33 299	31 552	24 861	20 459
1988	36 565	33 394	31 845	25 007	20 674
1989	39 454	35 991	34 509	27 039	22 462
1. Halbj. 1990	21 533	19 643	18 834	14 757	12 259
2. Halbj. 1990	21 356	19 481	18 678	14 635	12 158
1991	45 232	41 261	39 560	30 997	25 751
1992	47 675	43 489	41 696	32 671	27 142
1993	49 058	44 750	42 905	33 618	27 929
1994	50 039	45 645	43 763	34 290	28 488
1995	51 590	47 060	45 120	35 353	29 371
1996	52 622	48 001	46 022	36 060	29 958
1997	53 096	48 433	46 436	36 385	30 228
1998	53 892	49 159	47 133	36 931	30 681
1999	54 485	49 700	47 651	37 337	31 018

* reduziert wegen der Beitragsbemessungsgrenze

** für die Zeit von Januar bis August ist wegen der Beitragsbemessungsgrenze noch eine Reduzierung erforderlich

Bereich: Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften Tabelle 22

Jahr	Qualifikationsgruppe				
	1	2	3	4	5
1952	3 954	3 205	3 332	2 482	2 044
1953	4 060	3 347	3 454	2 584	2 134
1954	4 207	3 519	3 604	2 706	2 243
1955	4 415	3 737	3 802	2 865	2 381
1956	4 636	3 964	4 006	3 030	2 525
1957	4 773	4 117	4 134	3 137	2 621
1958	5 040	4 380	4 373	3 328	2 787
1959	5 262	4 604	4 569	3 487	2 927
1960	5 782	5 088	5 022	3 844	3 233
1961	6 389	5 651	5 548	4 257	3 588
1962	6 961	6 185	6 042	4 647	3 922
1963	7 420	6 620	6 435	4 960	4 193
1964	8 091	7 245	7 009	5 414	4 583
1965	8 819	7 923	7 630	5 905	5 005
1966	9 479	8 541	8 190	6 353	5 392
1967	9 757	8 816	8 419	6 545	5 561
1968	10 406	9 426	8 966	6 984	5 940
1969	11 410	10 359	9 815	7 660	6 520
1970	12 941	11 774	11 115	8 693	7 404
1971	14 976	13 656	12 848	10 076	8 592
1972	16 789	15 328	14 366	11 265	9 594
1973	19 339	17 678	16 509	12 951	11 018
1974	22 016	20 146	18 746	14 706	12 493
1975	25 008	22 539	20 197	16 008	13 790
1976	26 381	23 969	21 765	17 062	14 411
1977	27 543	25 220	23 153	17 982	14 896
1978	28 124	25 811	23 756	18 777	15 919
1979	28 961	26 672	24 606	19 722	17 269
1980	31 652	29 174	26 687	21 239	18 108
1981	33 309	30 751	27 925	22 074	18 345
1982	34 388	31 713	28 784	22 671	18 790
1983	35 978	33 157	30 059	23 618	19 535
1984	37 157	34 229	31 465	24 768	20 657
1985	37 591	34 626	32 449	25 320	21 687
1986	37 890	34 767	32 799	25 686	21 526
1987	38 080	34 842	33 012	26 002	21 390
1988	38 688	35 333	33 695	26 463	21 879
1989	39 880	36 383	34 886	27 344	22 723
1. Halbj. 1990	25 887	23 618	22 645	17 750	14 750
2. Halbj. 1990	19 249	17 561	16 839	13 199	10 968
1991	40 770	37 194	35 665	27 956	23 230
1992	42 972	39 202	37 591	29 466	24 484
1993	44 218	40 339	38 681	30 321	25 194
1994	45 102	41 146	39 455	30 927	25 698
1995	46 500	42 422	40 678	31 886	26 495
1996	47 430	43 270	41 492	32 524	27 025
1997	47 857	43 659	41 865	32 817	27 268
1998	48 575	44 314	42 493	33 309	27 677
1999	49 109	44 801	42 960	33 675	27 981

Bereich: Produktionsgenossenschaften des Handwerks

Tabelle 23

Jahr	Qualifikationsgruppe				
	1	2	3	4	5
1953	7 062	5 810	5 997	4 467	3 678
1954	6 832	5 703	5 843	4 370	3 609
1955	6 838	5 777	5 878	4 412	3 654
1956	7 306	6 236	6 303	4 748	3 943
1957	7 500*	6 509	6 537	4 940	4 114
1958	7 500*	6 842	6 830	5 177	4 322
1959	8 000*	7 212	7 157	5 441	4 553
1960	8 500*	7 993	7 888	6 014	5 042
1961	9 000*	8 962	8 797	6 724	5 649
1962	9 500*	9 500*	9 500*	7 412	6 238
1963	10 000*	10 000*	10 000*	7 989	6 735
1964	11 000*	11 000*	11 000*	8 789	7 420
1965	12 000*	12 000*	12 000*	9 660	8 166
1966	13 000*	13 000*	13 000*	10 331	8 743
1967	14 000*	14 000*	13 664	10 583	8 965
1968	16 000*	15 204	14 450	11 212	9 505
1969	17 000*	16 583	15 700	12 202	10 351
1970	18 000*	18 000*	17 630	13 726	11 648
1971	19 000*	19 000*	18 527	14 446	12 262
1972	21 000*	21 000*	19 793	15 457	13 120
1973	23 000*	22 538	21 031	16 448	13 958
1974	25 000*	24 650	22 927	17 955	15 230
1975	28 000*	26 321	23 572	18 657	16 055
1976	30 487	27 693	25 140	19 692	16 621
1977	32 303	29 582	27 161	21 106	17 492
1978	33 193	30 464	28 039	22 162	18 790
1979	33 044	30 429	28 068	22 487	19 684
1980	35 638	32 851	30 055	23 928	20 407
1981	37 518	34 646	31 473	24 903	20 715
1982	38 991	35 964	32 648	25 730	21 337
1983	40 942	37 731	34 207	26 876	22 230
1984	40 778	37 557	34 515	27 147	22 624
1985	39 130	36 027	33 748	26 286	22 484
1986	39 152	35 907	33 864	26 474	22 153
1987	39 704	36 311	34 392	27 044	22 210
1988	40 679	37 130	35 397	27 747	22 899
1989	41 776	38 091	36 514	28 567	23 698
1. Halbj. 1990	24 606	22 435	21 507	16 826	13 959
2. Halbj. 1990	22 228	20 268	19 428	15 201	12 610
1991	47 079	42 928	41 149	32 196	26 708
1992	49 621	45 246	43 371	33 935	28 150
1993	51 060	46 558	44 629	34 919	28 966
1994	52 081	47 489	45 522	35 617	29 545
1995	53 696	48 961	46 933	36 721	30 461
1996	54 770	49 940	47 872	37 455	31 070
1997	55 263	50 389	48 303	37 792	31 350
1998	56 092	51 145	49 028	38 359	31 820
1999	56 709	51 708	49 567	38 781	32 170

* reduziert wegen der Beitragsbemessungsgrenze